

Einheit und Widerspruch  
Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 4 – November 2016

# Impressum

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

[pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)

[www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at)

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2016

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

# **Einheit und Widerspruch**

---

**Theoretisches und Diskussionsorgan  
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

---

**Heft 4 – November 2016**

---



# Inhalt

- 7 Editorial  
*Von Gerfrid Tschinkel*
- 9 Den richtigen (Aus-)Weg eingeschlagen: Left exit  
*Erklärung des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)*
- 12 Ein Aufbruch – wohin?  
*Erklärung des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)*
- 14 Die FPÖ und die vertuschten Widersprüche  
*Von Gerfried Tschinkel*
- 21 Antifa-Arbeit offensiv angehen!  
*Von Mathias Scheibinger*
- 26 Die Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokratie und Faschismus sind fundamentaler als ihre Unterschiede – Ein paar bündnispolitische Überlegungen  
*Von Dominik Maier*
- 32 Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“  
*Von Hannes Fellner*
- 43 Das Realisierungsproblem in der Marxschen Krisentheorie  
*Von Gerfried Tschinkel*
- 49 Empörung statt Revolution  
*Von Hannes Fellner*
- 60 Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China: Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung  
*Von Thanasis Spanidis*



# Editorial

*Von Gerfried Tschinkel für die Redaktion*

Auf die ökonomische Krise in der EU folgte die politische. Nun haben die Briten für den Austritt aus der EU gestimmt. Werden sich dadurch die Verhältnisse für die britische Arbeiterklasse und des Volkes verbessern? In der Erklärung des PdA Parteivorstandes hierzu heißt es: *„Welchen Weg Großbritannien außerhalb der EU gehen wird, hängt von den künftigen Kräfteverhältnissen in der britischen Gesellschaft ab. Der Austritt aus der EU stellt als solcher natürlich noch keinen Ausbruch aus den kapitalistisch-imperialistischen Verhältnissen dar. Aber er markiert, wie die CPB in ihrer Stellungnahme erklärt, die Wiedererringung der ‚Volkssoeveränität‘.“* Alles läuft also auf die Frage hinaus, ob die Bedingungen eines Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den Kapitalismus in Großbritannien nunmehr günstiger werden. Wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen, denn auch für uns, für Österreichs Kommunisten ist die Frage des Austritts aus der EU von Bedeutung. Damit diese nicht den Rechten und allen voran der FPÖ (die ja in erster Linie für eine „Reform“ der EU eintritt) überlassen wird, müssen wir uns ihr stellen und sie mit dem angestrebten Ziel des Sozialismus aufs Engste verbinden.

Überhaupt steht die ernsthafte Auseinandersetzung mit der FPÖ auf der Tagesordnung. Wir haben uns in dieser Ausgabe der Einheit&Widerspruch daher einigen Aspekten die die FPÖ unmittelbar betreffen oder die damit in Verbindung stehen gewidmet. Gerfried Tschinkel skizziert die Gefahr die von der FPÖ ausgeht, im Zusammenhang mit ihrer Rolle, die sie für das Finanzkapital spielen kann. *„Wer die FPÖ nur für eine Partei des Kleinunternehmertums hält, der irrt. Die FPÖ teilt zwar auch gegen die ‚Großindustriellen‘ verbale Hiebe aus, aber ihre reale Praxis macht es dem Finanzkapital nicht schwer, seine Arme auch in Richtung FPÖ auszustrecken, zumal sie es wie keine andere Partei versteht, Wähler hinter sich zu scharen und die wirklichen Herrschaftsverhältnisse zu verdunkeln.“* Fragen des antifaschistischen Kampfes widmet sich

indes Mathias Scheibinger. Er hebt hervor, *„die beste und zielführendste antifaschistische Arbeit ist und bleibt (...) jene vor und im Betrieb, im Gespräch mit der Klasse, beim Verteilen und Demonstrieren in den Arbeiterbezirken sowie dem ständigen Aufwerfen der sozialen Frage. (...) Die arbeitende Bevölkerung muss uns als ihre Interessenswahrerin wahrnehmen und nicht eine FPÖ, die bei Arbeitern mit ihrer sozialen Demagogie mittlerweile am meisten punkten kann.“* Bündnispolitische Überlegungen, auch in diesem Zusammenhang, stellt Dominik Maier an. Die Sozialdemokratie ist Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft und so sind *„die Gemeinsamkeiten etwa zwischen Sozialdemokratie und Faschismus (Stützen des Kapitalismus zu sein) grundlegender als ihre Differenzen (Ausdruck unterschiedlicher Herrschaftsstrategien der Bourgeoisie zu sein). Es ist daher sehr in Zweifel zu ziehen, ob – beispielsweise – Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Kampf gegen Faschismus legitim sein kann.“*

Da wir nun auch verstärkt internationale Diskussionsbeiträge veröffentlichen wollen, bringen wir in dieser Ausgabe einen Beitrag des DKP-Genossen Thanasis Spanidis über den Klassencharakter der VR China. Er schreibt, die *„KPCh sieht sich laut Statut (...) nicht nur als ‚Vorhut der Arbeiterklasse‘, sondern auch als ‚Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation (!)‘, was die Bourgeoisie inklusive ihrer imperialistischen Fraktion einschließt. (...) Die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft sollen in der ‚harmonischen Gesellschaft‘, die die chinesische KP anstrebt, mit denen des Kapitals auf einmal vereinbar sein. (...) Die Partei dient der Bourgeoisie als Karrierekanal sowie als Feld zum Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen, die in der Partei aggregiert und in eine kohärente Herrschaftsstrategie übersetzt werden können.“*

Hannes Fellner erläutert unter anderem, was es mit dem Satz Lenins *„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“*, auf sich hat: *„Wenn Lenin nun davon spricht, dass die Lehre von Marx allmächtig, also im Bezug auf Alles/das Ganze stark ist, geht es um den philosophischen Entwurf von Welt, der weil wissenschaftlich fundiert und begründet, seinen eigenen Platz (selbst)kritisch logisch-historisch reflektierend, als Einheit von Theorie und Praxis wahr ist. Und, so könnte man ergänzen, die Lehre von Marx ist wahr, gerade weil sie sich auf Alles/das Ganze bezieht.“*

# Den richtigen (Aus-)Weg eingeschlagen: Left exit

*Erklärung des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)*

Die Partei der Arbeit Österreichs begrüßt den Austritt Großbritanniens aus der EU und steht an der Seite aller politischen Kräfte, die mit fortschrittlichen Argumenten den „lexit“, also den linken Ausstieg aus der EU beworben haben. Unter ihnen waren die Kommunistische Partei Großbritanniens (CPB), die Eisenbahngewerkschaft RMT, das Personenbündnis „Gewerkschafter gegen die EU“, die mitgliederstarken Arbeitervereine der Inder und Bangladescher in Britannien und viele andere Linke, Gewerkschaftsorganisationen und politische Kräfte der Arbeiterbewegung.

Während in der Berichterstattung der österreichischen und europäischen Medien den rechten Austrittsbefürwortern viel Raum gegeben wurde, verschwieg man die Argumente der Linken. Es haben sich vor allem die Werktätigen für den EU-Austritt ausgesprochen, und das hängt nicht nur mit deren geschürten Ängsten vor ungebremstem Arbeitskräftezug zusammen, sondern mit der durchaus nachvollziehbaren Erkenntnis, dass die EU keine Vereinigung ist, die zum Vorteil der arbeitenden Menschen geschaffen wurde.

Ganz im Gegenteil stellen die Vorgaben der EU für die Mitgliedsländer die Speerspitze der Austeritätspolitik wie des Kampfes gegen ArbeiterInnenrechte dar. Die EU ist auch kein Hort des Internationalismus, wie uns manche verbürgerlichte Linke weismachen wollen. Die EU befördert Sozialabbau und Privatisierung öffentlichen Eigentums. Sie ist Teil der kriegstreibenden Achse USA-NATO. Sie hat die Zerstörung der Länder mit angezettelt, aus denen heute massenhaft Menschen vor Krieg und Elend flüchten müssen, und denen sie gleichzeitig den Zugang zur „Festung Europa“ mit immer brutaleren Mitteln verwehrt. Sie betreibt die Kriegsrhetorik der NATO gegen-

über Russland mit ihren Sanktionen mit, und sie unterstützt reaktionäre bis offen faschistische Kräfte in der Ukraine.

Welchen Weg Großbritannien außerhalb der EU gehen wird, hängt von den künftigen Kräfteverhältnissen in der britischen Gesellschaft ab. Der Austritt aus der EU stellt als solcher natürlich noch keinen Ausbruch aus den kapitalistisch-imperialistischen Verhältnissen dar. Aber er markiert, wie die CPB in ihrer Stellungnahme erklärt, die Wiedererringung der „Volksouveränität“.

Auch unserer Einschätzung nach bedarf es für eine fortschrittliche Perspektive des Bruchs mit den supranationalen Strukturen und Institutionen des EU-Europas der Banken und Konzerne. Erst die Re-Etablierung souveräner nationaler Rahmen- und Kampfbedingungen als Bezugspunkt des Kampfes und der Emanzipation der Arbeiterklasse eröffnet den Arbeitenden und antimonopolistischen Schichten ihre Handlungsspielräume hierfür. „Die Linke“ und ArbeiterInnenbewegung, so die CPB zurecht, *„muss nun ihre Anstrengungen verstärken, damit das Ergebnis des Referendums zu einer Niederlage für die gesamte Achse EU-IWF-NATO wird.“*

Wir stehen dabei an der Seite der kämpferischen britischen ArbeiterInnenbewegung, der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Ihre und unsere Gegner in diesem Kampf sind zugleich die chauvinistischen und reaktionären Kräfte, in GB ebenso wie in ganz Europa. Ob ihrer angemaßten, scheinbaren Monopolstellung gegen das europäische Establishment entfachen diese eine verstärkte rassistische Hetze, die zugleich versucht den „Brexit“ ebenso reaktionär aufzuladen wie sie die sozialen Verwerfungen EU-Europas rassistisch uminterpretieren.

Ein proletarisch linkes, demokratisches und soziales Nein zur EU beinhaltet in einem ein ebenso kämpferisches Nein zu jedwedem Rassismus und Chauvinismus wie konsequentes Ja zu gesellschaftlicher Gleichberechtigung und internationaler Solidarität – fußend auf der Erkenntnis, dass keine substanzielle demokratische und soziale Perspektive im Interesse der Arbeitenden um den Bruch mit den EU-Strukturen herumkommt und das Kampffeld gegen diese neoli-

berale, imperialistische Union von der Arbeiterinnenbewegung (wieder) aufzunehmen ist und nicht den Rechten überlassen werden darf.

Die PdA verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefassten Mächte, insbesondere den aggressiven deutschen Imperialismus, der – nicht zuletzt über das Vehikel EU – auch Österreich seiner nationalen und demokratischen Souveränität berauben möchte.

In diesem Sinne tritt die PdA auch für den Austritt Österreichs aus der EU sowie deren Zerschlagung ein. Stattdessen strebt sie den solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker an. Gleichzeitig bekämpft die PdA die imperialistischen Aktivitäten des österreichischen Großkapitals, das den Hauptfeind der österreichischen Arbeiterklasse darstellt und in einigen Ländern Ost- und Südosteuropas hauptverantwortlich für deren imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung ist.

*Partei Vorstand der PdA, 2. Juli 2016*

# Ein Aufbruch – wohin?

*Erklärung des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)*

Mit der Beschreibung der sozialen Schieflage in Österreich und der Feststellung „Die da oben gewinnen – und wir verlieren“ riefen ganz unterschiedliche politische Kräfte Anfang Juni in Wien zu einer Konferenz der Initiative „Aufbruch“, die auch von einzelnen Mitgliedern der Partei der Arbeit Österreichs mitverfolgt wurde.

Das Bemerkenswerteste an dieser Konferenz war unserer Ansicht nach die sehr große Beteiligung bislang unorganisierter Menschen, die gegen die herrschenden unsozialen Verhältnisse aktiv werden wollen. Und so richtig es ist, die soziale Frage wieder in das Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu rücken, die Fokussierung der (durchwegs organisierten) KoordinatorInnen dieses Projekts auf Losungen wie „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ spiegelt unserer Ansicht nach jedoch eine völlig verkürzte Personalisierung des Klassencharakters der kapitalistischen Gesellschaft wider. Wir sind auch nicht der Meinung, dass „die Linke“ ein politisches Subjekt ist, oder jemals werden kann. Politische und soziale Kämpfe entwickeln sich entlang von Klasseninteressen, und wir richten unser Hauptaugenmerk auf die Stärkung und Herausbildung eines kämpferischen Pols der ArbeiterInnenklasse und der mit ihr verbündeten, antimonopolistischen Schichten der Bevölkerung. Wir werden in diesem Sinne alle Initiativen unterstützen, welche die neue Herausbildung einer breiten sozialen Bewegung in Österreich fördern, und sehen in der großen Mehrheit der AktivistInnen von „Aufbruch“ Verbündete, die auch dieses Ziel verfolgen.

Wir begrüßen, dass viele, vor allem noch unorganisierte Menschen aus der politischen Umklammerung durch die SPÖ und Grünen ausbrechen und ein kämpferisches Gegengewicht schaffen wollen. Gleichzeitig sehen wir die durchsichtige Absicht, vor allem der KPÖ, aber auch der SLP, diese neu entstehende Bewegung zu einem neuen Ve-

hikel ihrer Wahlpolitik bzw. ihrer Pläne einer neuen „Linkspartei“ zu machen. Setzen sich diese Absichten durch, so ist diese neu entstehende Bewegung politisch zum Scheitern verurteilt, noch ehe sie richtig begonnen hat. Versuche breiter „linker Experimente“, „linker Wahlprojekte“ und „-Alternativen“, „linker Mosaikparteien“, „linker Bewegungsparteien“, einer „europäischen Linken“ sind zahlreich. Alle diese „Zusammenschlüsse“, all die diffuse „Linkspolitik“, die Additionsversuche verschiedener und durchaus gegensätzlicher sich irgendwie als „links“ verstehender Gruppen in Ländern wie Griechenland und Spanien, sind theatralisch gescheitert, ebenso wie die sich mehr und mehr verschleißenden Projekte rund um die KPÖ in immer kürzeren Abständen scheitern. Wir hielten es für schade, wenn das Engagement tausender, vor allem junger Leute, in ein diffuses „Linksprojekt“ gepresst wird, das die realen Klassenverhältnisse des Kapitalismus mehr vernebelt als offenlegt, und deshalb zum Scheitern verurteilt wird.

Was wir unterstützen, und was es in Österreich braucht, ist eine starke und politisch breit aufgestellte soziale Bewegung, die sich für die sozialen und politischen Rechte der ArbeiterInnen und Angestellten, der Jugend, der alten Menschen, der Schutzsuchenden und Bedrängten einsetzt; eine Bewegung, die der rechten Hetze eine Politik der Solidarität aller Menschen, die hier leben, entgegensetzt. Wir werden weiterhin gemeinsam mit allen klassenorientierten Kräften daran arbeiten, dass eine solche Bewegung über politische Differenzen hinweg an Stärke und Einfluss gewinnt.

*Partei Vorstand der Partei der Arbeit (PdA), Juli 2016*

# Die FPÖ und die vertuschten Widersprüche

Von Gerfried Tschinkel

Dass bei der vergangenen Stichwahl zum Amt des Bundespräsidenten im Mai Norbert Hofer, von der FPÖ, verhindert wurde, konnte für uns kein Grund zu dauerhafter Freude sein. Und zwar nicht nur, weil die Stichwahl jetzt wiederholt werden soll. Viele haben Alexander Van der Bellen nur widerwillig gewählt, einen Kandidaten, der durch und durch dem EU-Kapitalismus verpflichtet ist. Auch sollte Van der Bellen wiedergewählt werden, sind damit keineswegs die Entwicklungen in diesem Land gestoppt, die erst zu dieser politisch zugespitzten Situation führten. Immer noch ist kein Ausweg aus der ökonomischen Krise in Sicht, immer noch gibt es eine extrem hohe Arbeitslosigkeit in diesem Land und soziale Verschlechterungen werden weiter forciert werden. Viele haben aus Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen den FPÖ-Kandidaten gewählt und erhofften sich davon einen „frischen Wind“ in der Politik. Und das sollte uns zu denken geben. Nicht nur weil das Ergebnis äußerst knapp war, sondern auch, weil es ganz wesentlich auch unsere „Klientel“ war, die für den FPÖ Kandidaten votiert hat. *„Bei den Arbeitern hat Hofer eine überwältigende Unterstützung von 86 Prozent. Bei Angestellten und öffentlich Bediensteten hingegen punktet der Kandidat der Grünen. Ähnlich sieht es beim Bildungsgrad aus: 81 Prozent der Hochschulabgänger stimmten für Van der Bellen, diejenigen mit einer Lehre zu 67 Prozent für Hofer.“* (Clemm von Hohenberg, 2016)

Das Erstarken der FPÖ wird von Teilen der arbeitenden Bevölkerung begrüßt bzw. wurde durch sie auch möglich gemacht. Jeder der der FPÖ nachsagt, sie sei eine echte Gefahr, wird oft auch als jemand gesehen, der gegen die Interessen der Arbeiterschaft agiert. Oft werden diese Verhinderer auch mit dem Lager der Regierungsparteien identifiziert über deren große Niederlage beim ersten Durchgang der Prä-

sidentschaftswahlen im April durchaus gejubelt wurde. Und wer kann behaupten, dass die regierenden Parteien in Österreich in den letzten Jahren irgendwelche signifikanten Verbesserungen für die arbeitenden Menschen gebracht hätten. Insbesondere für jene, die ohnehin an den sozialen Rand gedrängt sind. Das Gegenteil ist der Fall. Mit der Zustimmung zur FPÖ beweisen Arbeiter in Österreich durchaus Klasseninstinkt. Ich sage Instinkt und nicht Bewusstsein, denn ein wirkliches Klassenbewusstsein würde bedeuten, die FPÖ-Truppe als Demagogen und Unheilbringer zu entlarven, welche die Arbeiterklasse spaltet und dem Großkapital zuarbeitet, auch noch in schärfer Form, als das ÖVP und SPÖ tun, wobei die Unterschiede in manchen Punkten, vor allem bei der Flüchtlingspolitik, zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ, zuletzt verschwindend gering waren. Aber immer noch sind es die Politiker da oben, die angeblich Geschenke an Asylwerber machen, sie sind es, die die Steuergelder für „Schmarotzer“ und „Arbeitsscheue“ verschwenden. Die Denkhaltung der Menschen in diesem Land fasst zu selten die Besitzenden als wirkliche Gegner, sondern verurteilt oft eher die, die möglicherweise Sozialleistungen zu Unrecht erhalten könnten, wodurch der eigene relative Wohlstand gefährdet werden könnte. Den meisten FPÖ-Wählern ist jedoch nicht prinzipieller Rassismus anzulasten, es geht vielmehr um die vermeintliche Verteidigung der eigenen ohnehin schwierigen Lebenslage gegen Nachrückende, mit der Angst verbunden, man könnte selber keine Arbeit finden oder in Notsituationen keine soziale Unterstützung erhalten. Dass die Rekordarbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Krise ist und dass die sozialen Sicherungssysteme bei entsprechendem Umverteilungswillen bequem ausfinanziert werden könnten, scheint weniger greifbar, als die Flüchtlinge für den Druck verantwortlich zu machen, der auf der eigenen Existenz lastet. Ein bürgerlicher Antirassismus, der aus einer privilegierten Stellung heraus argumentiert, ist daher auch nutzlos. Es geht aber auch über die scheinbare Verteidigung der eigenen Stellung hinaus, die durch Krise, Stagnation und Arbeitslosigkeit permanent bedroht ist. Denn die FPÖ hat sich in den vergangenen Jahren auch mit sozialen Forderungen hervorgetan, von deren Umsetzung sich viele eine Besserung ihrer Lebenssituation erwarten („Sozialer Wohnbau“, „Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“, „Höhere Pensionen“ etc.).

## **Soziale Volksgemeinschaft**

Dass die FPÖ dabei offen immer auch das Unternehmertum einbezieht, scheint vielen nicht von Bedeutung zu sein, denn sie selber wollen besser leben. Es fällt auf, dass Heinz-Christian Strache, wenn er von sozialen Problemen spricht, immer auch die Unternehmenseite mit erwähnt, im Sinne der Forderung nach einer Entlastung des Kapitals. Im Zuge der Wien-Wahlen im Sommergespräch des ORF vom 17.08.2015, verweist Strache bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem darauf, Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, statt Gebührenerhöhungen und Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen. Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit spricht er sich dezidiert aus. Man brauche aber höhere Löhne, gleichzeitig Steuersenkungen, Senkung der „Lohnnebenkosten“, Senkung der Eingangssteuersätze, damit Unternehmer wieder atmen können. Es ist aber absolut nicht einzusehen, warum eine Entlastung des Kapitals höhere Löhne bringen sollte. Das Kapital ist vor allem auch angesichts der Krise objektiv an niedrigen Löhnen interessiert, um den Profit zu steigern. Die Löhne würden erst dann steigen, wenn das Kapital rascher wächst als die Zufuhr von Arbeitskraft. Dies unterstellt, dass das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst ist und ist eben nicht die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Diese Argumentation, einerseits bessere Bedingungen für die Arbeiter, andererseits Entlastung des Kapitals, beinhaltet den Widerspruch divergierender Klasseninteressen. Aber dieser Widerspruch wird vertuscht, verschwiegen, und es wird so getan, als stünden die Klassengegensätze in einer harmonischen Beziehung. Dies erinnert zu Recht an die „soziale Volksgemeinschaft“ von der schon in der FPÖ Jörg Haiders die Rede war.

## **Steuerschrauben**

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2013 führt Strache in der ORF Konfrontation mit Werner Faymann am 17.09.2013 Forderungen an, die eine soziale Besserung der Situation inmitten der Krise bringen sollten. So höhere Pensionen. Dabei ist auffällig, dass die Frage der Finanzierung dieser sozialen Aufwendungen nur sehr unscharf beantwortet werden konnte. Genannt werden von Strache mögliche Ein-

sparungen in der Verwaltung, das Hinterfragen von Subventionen – wobei nicht weiter darauf eingegangen wird – sowie das Hinterfragen der Haftungen im Rahmen des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus). Wer vorgibt, gewisse Sozialleistungen erhöhen zu wollen, aber gleichzeitig auch auf radikale Steuersenkungen für Unternehmen zielt – wobei auch durchaus Schläge in Richtung einzelner Großkonzerne ausgeteilt werden – der ist in der Tat bei der Finanzierung eines solchen Programms nicht wirklich glaubwürdig. Dies mag im Wahlkampf große Vorteile verschaffen, muss sich aber spätestens bei Übernahme der Regierungsverantwortung als ernsthaftes Problem erweisen. Dies ist eben als soziale Demagogie zu entlarven. Wäre die FPÖ in Regierungsverantwortung, müsste sie bei Erfüllung der Interessen der Kapitaleseite den scheinbaren Sachzwängen folgen, die ihnen das Finanzkapital vorgibt. Sie müsste dann auch, wie jetzt SPÖ und ÖVP, das Sparregime aufrechterhalten, und sie wäre durch das Budget und die Regeln zur Verschuldung, dem Zwang zum Schuldenabbau, an das neoliberale Spardiktat gebunden. Zudem bekennt sich die FPÖ ja auch zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt.

### **Im Dienste des Finanzkapitals**

Teile der österreichischen Arbeiterklasse wählen die FPÖ, weil sie sich davon Verbesserungen ihrer eigenen Lebenssituation versprechen. Kann die FPÖ dies nicht leisten, so wird sie auch schnell wieder entzaubert. Wie schon des Öfteren geschehen. Die Wahl Jörg Haider zum FP-Bundesparteiobmann 1986 war auch eine Reaktion auf das Abwirtschaften Norbert Stegers (der zum wirtschaftsliberalen Flügel zählte), der als Vizekanzler der FPÖ ab 1983 die Führungsposition der SPÖ unterstützte. Ein weiteres Schuldenmachen war nicht mehr möglich und so fanden eine Reihe von Gegen-Reformen gegen Arbeiter, Angestellte und sozial Schwache statt. Aber auch als die FPÖ im Jahr 2000 mit der ÖVP in die Regierung eintrat, war schnell klar, in welche Richtung die Reise geht. Radikale neoliberale Reformen wurden in einem atemberaubenden Tempo zu Ungunsten der Mehrheit der Menschen auf den Weg gebracht. *„Auf wichtigen Gebieten verschärft diese Regierung jenen EU-Kurs, dessen antisoziale Folgen von der FPÖ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt worden war. Verschlech-*

*terung bei Pensionen, Hinaufsetzen des Pensionsalters, Mehrkosten bei Krankheit, radikale Einsparungen im öffentlichen Dienst, Mehrarbeit bei niedrigeren Gehältern für Lehrer (...)*“ (Kalt, 2000, S. 17). Damit stellte sich die FPÖ ganz in den Dienst des Finanzkapitals. Nicht ohne Streit zu provozieren. Die Uneinigkeit über die Frage, welchen Platz man der mit rassistischen Wertungen verbundenen sozialen Frage einräumen sollte, spaltete schließlich auch die Partei. Die Versprechungen, die an die Wählerschaft in sozialen Belangen gemacht wurden, konnten unmöglich eingehalten werden. Stattdessen bewegte sich ein Teil der Partei im Rahmen des neoliberalen Konsenses. Mit Strache an der Spitze der FPÖ sollte das alte völkische und rechtsextreme Grundgerüst erhalten werden (vgl. Wiegel, 2013, S. 115). Das wohlfahrt-schauvinistische Denken steht nun wiederum im Vordergrund. Dies bedeutet aber keineswegs, dass eine nochmalige Regierungsbeteiligung sehr viel anders verlaufen würde, als bisher geschehen. Davon zeugt, wie oben gezeigt, das Aussenden widersprüchlicher Signale in mehrere Richtungen, in Richtung Arbeiterschaft, in Richtung Kleinunternehmertum, aber auch in Richtung Großkapital. Wer die FPÖ nur für eine Partei des Kleinunternehmertums hält, der irrt. Die FPÖ teilt zwar auch gegen die „Großindustriellen“ verbale Hiebe aus, aber ihre reale Praxis macht es dem Finanzkapital nicht schwer, seine Arme auch in Richtung FPÖ auszustrecken, zumal sie es wie keine andere Partei versteht, Wähler hinter sich zu scharen und die wirklichen Herrschaftsverhältnisse zu verdunkeln. Will die FPÖ Regierungsverantwortung übernehmen, muss sie unter Beweis stellen, dass sie dem Kapital verbunden ist. Dass die FPÖ unter ihrem Obmann Strache keine soziale Partei geworden ist, davon zeugt nicht zuletzt ihr Abstimmungsverhalten im Parlament – wo sie etwa gegen die Abschaffung von Steuerprivilegien von Konzernen stimmte oder gegen eine Erhöhung der Bankenabgabe – sowie auch ihre Beteiligungen an den Landesregierungen im Burgenland wie in Oberösterreich – wo sie nicht nur ihren Wohlfahrtsschauvinismus unter Beweis stellt, sondern sich auch als verlässlicher Partner für das Kapital erweist. Und das ist eben das Gefährliche.

## Die FPÖ und das Großkapital

Die Installierung der ÖVP-FPÖ Koalition im Jahr 2000 wurde ganz wesentlich von der Industriellenvereinigung und ihrem Präsidenten Peter Mitterbauer betrieben. Gegenwärtig scheinen die Dinge etwas anders zu verlaufen. Der jetzige Mann an der Spitze der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, ist ein Liberaler, der sich mit der FPÖ nur ungern ins Boot setzen würde. Aber in den Bundesländern tickt die Industriellenvereinigung anders. *„Der Präsident der IV-OÖ, Axel Greiner, soll jedenfalls eine besonders gute Gesprächsbasis und offene Kooperationsbereitschaft mit den Freiheitlichen haben. Dass ÖVP-Wirtschaftslandesrat Michael Strugl im vergangenen Herbst vorpreschte und sich für eine Koalition in Oberösterreich mit der FPÖ aussprach, soll jedenfalls daher rühren. Strugl sei unter enormem Druck der oberösterreichischen Wirtschaft gestanden, heißt es“*, so berichtet „Die Presse“ am 30.4.2016 (Kordik, 2016). Andere Bundesländer könnten in Sachen Unterstützung einer FPÖ-Regierungsbeteiligung nachziehen, sofern dann „Reformen“ durchgepeitscht werden. Auch der ÖVP-Wirtschaftsbund könnte nach der voraussichtlichen Ablösung von Präsident Christoph Leitl und Generalsekretär Peter Haubner 2017 mehr in Richtung FPÖ tendieren, mutmaßt „Die Presse“. Die Gefahr geht vom Großkapital aus. Daher ist es notwendig, die Arbeiterklasse mit wirklichem Klassenbewusstsein zu erfüllen. Man kann ihr keine einfachen Wege versprechen. Man muss ihr den Gegensatz von Kapital und Arbeit vorführen, den sie ja auch täglich spürt und erlebt. Aber der einzige Weg der Überwindung dieses Gegensatzes liegt eben nicht im Wechsel der bürgerlichen Parteien bis hin zu autoritären Formen der kapitalistischen Herrschaft, sondern in der Überwindung des Kapitalismus. Wir wollen nicht das geringere Übel, wir wollen den Sozialismus.

## **Literaturverzeichnis**

Clemm von Hohenberg, B. (2016, 23. Mai). Wahlanalyse Österreich: Männer stimmten für Hofer, Frauen für Van der Bellen. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zugriff am 26.07.2016. Verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/oesterreich-waehler-von-norbert-hofer-alexander-van-der-bellen-14248319.html>

Kalt, H. (2000). Das Phänomen Jörg Haider (Flugschriften, Bd. 3). Essen: Neue-Impulse-Verl.

Kordik, K. (2016, 2. Mai). Hört die Signale (der FPÖ). Die Presse. Zugriff am 26.07.2016. Verfügbar unter <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/kordiconomy/4978742/Hort-die-Signale-der-FPO>

Wiegel, G. (2013). Rechtsverschiebung in Europa. In P. Bathke (Hrsg.), Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln: PapyRossa-Verl.

# Antifa-Arbeit offensiv angehen!

*Von Mathias Scheibinger*

In unseren Reihen gibt es mit Sicherheit eine Vielzahl an Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, dass wir als Partei der Arbeit – und hier vor allem in Wien – zu viele Ressourcen an die Thematik Antifaschismus binden bzw. gebunden haben. Um es vorweg zu nehmen: diese Meinung vertrete ich auf jeden Fall nicht. Und zwar aus dem einfachen Grund, dass wir eigentlich ausreichend Ressourcen hätten, um andere und meiner Meinung nach ebenso wichtige oder gar wichtigere Themenfelder als Antifaschismus beackern zu können. Doch soll es in diesem kurzen Artikel nicht in erster Linie darum gehen, welche Themen für uns als Partei einen höheren Stellenwert einnehmen sollten. Viel wichtiger ist meines Erachtens, mit welcher Strategie wir der antifaschistischen Bewegung in Österreich begegnen, denn links liegen lassen wäre keine Option, da sie im Grunde das letzte Fortschrittliche ist, das auf Demonstrationen mehrere tausend Personen auf die Straße bringt. Doch so wie bisher kann die antifaschistische Debatte in unserer Partei und das Arbeiten in den verschiedenen antifaschistischen Bündnissen nicht fortgeführt werden.

## **Die Frage nach einer Strategie**

Ohne jemanden auf die Füße treten zu wollen, muss jedoch an dieser Stelle klar gemacht werden, dass unsere Arbeit in der Offensive gegen rechts in Wien bzw. in den anderen Bündnissen österreichweit bisher nach dem Motto praktiziert wurde „Dabeisein ist alles“. Diejenigen Genossinnen und Genossen, die bisher auf den Bündnis-Plena waren, haben nach bestem Wissen und Gewissen hier gewirkt, sich eingebracht und uns als Partei so gut es eben geht repräsentiert. Doch alles nach meiner Einschätzung nach nicht mit einem Plan, einem Ziel oder gar einer Strategie. Es soll den engagierten Genossinnen und Genossen auch gar kein Vorwurf gemacht werden, da wir uns als Gesamtpartei, und hier vor allem die Leitungsgremien, diesen Fragestel-

lungen und auch jener nach Sinnhaftigkeit der Beteiligung unsererseits in diesen Bündnissen, nicht angenommen haben. Daher sollten wir uns, wie dies auch der DKP-Genosse Jürgen Lloyd tut, die prinzipielle Frage stellen, „*welche Strategie [...] die kommunistische Bewegung im antifaschistischen Kampf [verfolgt]? In dieser Frage steckt bereits eine grundlegende Feststellung: Eine Strategie zu haben und zu verfolgen bedeutet, planvoll auf Grundlage einer Einsicht in Ursachen und Wirkung zu handeln. Wenn es so etwas, wie eine antifaschistische Strategie gibt, dann ist Antifaschismus also etwas, was überlegt und planvoll angegangen werden kann. Auf der Basis von Einsichten; auf der Basis eines erarbeiteten Verständnisses von Wirklichkeit; auf der Basis, dass wir möglichst exakt bestimmen können, wer unser Gegner ist.*“ (Lloyd 2015)

Für mich bedeutet das zunächst, dass wir die gesellschaftlichen Verhältnisse im hier und jetzt genau analysieren müssen, dass wir herausarbeiten müssen, welche Kapitalkreise in Österreich ein Interesse daran haben, dass faschistische Positionen und Aktionsweisen erneut salonfähig werden, dass wir in weiterer Folge untersuchen, wer den Aufstieg der extrem rechten FPÖ fordert und fördert und davon profitiert, welche Umgruppierungen es auf der äußersten Rechten gibt und zusätzlich, welche Rolle bspw. die Identitäre Bewegung Österreichs (IBÖ) heute einnimmt. Und anhand dieser Analyse sollten wir diskutieren, welche Strategie wir verfolgen sollten und ob wir bspw. tatsächlich kurz vor der Machteroberung des Faschismus stehen oder nicht und ob wir im Bündnis gegen faschistische Tendenzen ankämpfen sollen oder nicht.

## **Unsere bisherige Antifa-Arbeit**

Wie oben schon angeführt haben wir unsere antifaschistische Aktivitäten Großteils über mehr oder weniger lokale Bündnisstrukturen laufen lassen und hier weder koordiniert noch einheitlich agiert. Diese Bündnisse haben meiner Einschätzung nach überwiegend einen defensiven und reagierenden Charakter, da ausschließlich für Aktivitäten gegen eine Kundgebung/Demonstration/Veranstaltung/etc. der FPÖ/IBÖ/Burschenschaften/etc. mobilisiert wurde. Dies kann und darf natürlich nicht unser Anspruch sein, dass wir hauptsächlich in den

Innenstadtbezirken gegen die extreme Rechte demonstrieren. Es verwundert mich aber auch nicht, da diese Bündnisse überwiegend von sozialdemokratischen und trotzkistischen Organisationen dominiert werden, welche die Klassenfrage, wenn überhaupt, nur rudimentär behandeln. Wir haben auf vielen von diesen Bündnissen organisierten Demonstrationen geredet und uns bspw. als Ordner eingebracht. Nur leider ist dies wie auch auf anderen Ebenen auf zu wenig Schultern verteilt gewesen. Dies mag seine Ursache auch darin haben, dass viele Genossinnen und Genossen den Sinn an der Beteiligung nicht erkannt haben. Und wenn das unsere Genossinnen und Genossen nicht nachvollziehen können, wie kann man das dann von der arbeitenden Bevölkerung erwarten.

Im Zuge des letzten halben Jahres ist die Offensive gegen rechts zumindest in die Flächenbezirke Liesing und Floridsdorf sowie in einen der ärmsten Bezirke Österreichs (Rudolfsheim-Fünfhaus) mit antifaschistischen Demonstrationen gekommen. Allerdings muss man auch hier relativieren, denn es war erneut nur eine Reaktion auf FPÖ- und IBÖ-Aktivitäten. Und ob dadurch die dort lebenden Menschen uns als Verteidiger ihrer Interessen wahrgenommen haben, darf bezweifelt werden, wenn man dort lediglich einmal flyern und demonstrieren ist. Und genau hier sollten wir in Zukunft ansetzen.

## **Unser Antifaschismus**

Die beste und zielführendste antifaschistische Arbeit ist und bleibt meiner Meinung nach jene vor und im Betrieb, im Gespräch mit der Klasse, beim Verteilen und Demonstrieren in den Arbeiterbezirken sowie dem ständigen Aufwerfen der sozialen Frage. Denn *„gegen den Neofaschismus und die drohende Kriegsgefahr hilft nur Aufklärung.“* (Krum 2016) Und vor allem bei jenen, die eine Verschlechterung der sozialen Standards als erstes und am härtesten trifft. Die arbeitende Bevölkerung muss uns als ihre Interessenswahrerin wahrnehmen und nicht eine FPÖ, die bei Arbeitern mit ihrer sozialen Demagogie mittlerweile am meisten punkten kann. Daher sollte im Zentrum unserer antifaschistischen Aktivität der *„Kampf für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klassen, auf*

*die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort, auf die Schultern der Reichen [stehen]. Das bedeutet zweitens den gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der faschistischen Offensive, für die Verteidigung der Errungenschaften und der Rechte der Werktätigen, gegen die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten. Das bedeutet drittens den gemeinsamen Kampf gegen die herannahende Gefahr eines imperialistischen Krieges, einen Kampf, der die Vorbereitung dieses Krieges erschweren würde.“ (Dimitrov 1935, 37f.)* Auch wenn diese Worte von Georgi Dimitroff in einer Zeit geschrieben wurde, als der Faschismus tatsächlich in mehreren Ländern Europas zur Realität wurde, geht es auch heute darum, dem Abbau demokratischer und sozialer Rechte und der um sich greifenden Offensive des Kapitals und ihrer faschistischen Straßentruppe offensiv zu begegnen, den wahren Gegner der österreichischen Arbeiterklasse zu benennen und aufzuzeigen, dass ein gesellschaftlicher Ausweg aus der Ausbeutungsgesellschaft möglich und mehr als notwendig ist. Das hieße aber nach meiner Interpretation, dass antifaschistische Arbeit selbstverständlich auch bedeutet, gegen Rot-Schwarz und ihre unsozialen Reformen zu demonstrieren. Und wenn die großen antifaschistischen Bündnisse trotz unseres Drängens hier nicht mitgehen wollen und sich rausreden, dass dies keine antifaschistische Arbeit sei, müssen wir eben selbständig solche Proteste organisieren. Und auch in Kauf nehmen, dass nur einige 100 Personen an der Demonstration teilnehmen. Ich kann mir das auch gut kombinierbar mit unserer Arbeitslosigkeitskampagne und der Bezirksratswahlwiederholung in der Leopoldstadt vorstellen, wo wir uns auf einen Bezirk konzentrieren können.

Aber noch einmal zurück: mehr eigenständige Aktionen und Aktivitäten sollen aber meiner Meinung nach nicht gleichbedeutend damit sein, dass wir uns nicht mehr an Demonstrationen und der Arbeit in überparteilichen Bündnissen beteiligen. Wenn wir uns aber entscheiden, dass wir in Bündnissen weiterarbeiten, sollten wir dies offensiver angehen, wozu wir unbedingt eine Strategie und zeitlich begrenzte Zielvorgaben für jene die dort arbeiten benötigen, damit wir auch überprüfen können, ob wir unsere Ziele erreicht haben oder nachjustieren müssen. Unabhängig davon sollten wir uns von antifaschistischen Demonstrationen wie gegen den WKR-Ball oder die IBÖ

nicht fernhalten, sondern müssten auch dort in Form von Flugzetteln und Parolen offensiv hineinwirken und unsere Positionen unter die Demonstrierenden bringen und auch eine Anlaufstelle in Form einer zum Thema passenden Veranstaltung bieten.

## **Literaturverzeichnis**

Dimitrov, G. (1935). Arbeiterklasse gegen Faschismus. 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale ; Bericht u. Schlußwort zum 2. Punkt der Tagesordnung :. Moskau usw.: Verl. Genossenschaft ausländ. Arbeiter in der UdSSR. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/index.htm>

Krum, H. (2016, 11. Juni). »Gegen Neofaschismus hilft nur Aufklärung«. Gespräch mit Erhard Stenzel. Über seinen Weg in die Résistance, das Ende des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und seinen Neustart in der DDR. junge Welt, 1 (Beilage). Zugriff am 26.07.2016. Verfügbar unter <https://www.jungewelt.de/2016/06-11/001.php>

Lloyd, J. (2015, 13. Mai). Wissen, wer der Gegner ist. Die Strategie der kommunistischen Bewegung im antifaschistischen Kampf. junge Welt, S. 12. Zugriff am 26.07.2016. Verfügbar unter <https://www.jungewelt.de/2015/05-13/004.php>

# **Die Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokratie und Faschismus sind fundamentaler als ihre Unterschiede – Ein paar bündnispolitische Überlegungen**

*Von Dominik Maier*

Die Sozialdemokratie ist Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft, somit Stütze des Kapitalismus. Sie ist das inklusive ihres „sozialistischen“ Flügels, der prinzipiell als unehrlich charakterisiert und entlarvt werden muss, schon alleine weil er eben Teil der Sozialdemokratie ist. Es gibt für Kommunisten keinen Grund, mit solchen Kräften gemeinsame Sache zu machen. Denn anstatt sich auf Auseinandersetzungen zwischen liberalen und reaktionären Teilen der Bourgeoisie einzulassen, sollte die kommunistische Partei sich selbst und die eigenständige Klassenfront der Arbeiterklasse sowie der antimonopolistischen Schichten stärken.

## **Die gegenwärtige Epoche und das Bewertungskriterium politischen Handelns**

Wir leben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (vgl. Partei der Arbeit Österreichs 2013, S. 9). In dieser Epoche für den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit zu kämpfen, ist nicht anders möglich als dadurch, für die Annäherung an den Sozialismus und Kommunismus zu kämpfen. Als Bewertungskriterium politischen Handelns relevant ist dabei nicht, ob oder inwiefern man für den Sozialismus zu kämpfen glaubt bzw. vorgibt. Personen und gesellschaftliche Kräfte können für den Sozialismus kämpfen ohne sich

dessen (voll) bewusst zu sein, umgekehrt gibt es auch immer Gruppierungen, die sich den Kampf für den Sozialismus auf die Fahne heften, ihm aber in Wahrheit nur schaden. Historisch relevant ist letztlich nur, ob und inwiefern man *tatsächlich* zugunsten der Durchsetzung des Sozialismus wirksam ist.

Wir haben kein höheres Wesen, das wir darüber befragen könnten, ob wir selber überhaupt tatsächlich und nicht nur scheinbar (zB in die Irre führend) für den Sozialismus wirksam sind. Aber wir können gemäß unseren Überzeugungen handeln, und wir haben uns aufgrund gemeinsamer Überzeugungen zur kommunistischen Partei zusammengeschlossen. Die kommunistische Partei soll wiederum – definitionsgemäß – jener Ort sein, an dem sich die politische Wahrheit (als Übereinstimmung der politischen Losung mit den objektiven Bedingungen der bestmöglichen Forcierung des historischen Fortschritts) herauskristallisiert. Dies wird ihr jedoch nicht gerade optimal gelingen, wenn sie durch Bündnisarbeit mit Organisationen, die andere politische Überzeugungen vertreten, ihren eigenen Wahrheitsanspruch relativiert. Und zwar insbesondere wenn solche Bündnisarbeit mit Kräften erfolgt, die eindeutig auf der anderen Seite stehen, auf der Seite der Stützen des Kapitalismus.

All jene, die tatsächlich zugunsten der Durchsetzung des Sozialismus wirksam sind, stehen einander näher als all jene, die dem tatsächlich – auch wenn sie anderes zu tun vorgeben – entgegenwirken. Zwischen diesen beiden Seiten gibt es kein Drittes und darf es kein Übereinkommen geben, denn es ist das *fundamentale* Bewertungskriterium politischen Handelns, *eben weil* unsere Epoche als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt ist. Folglich sind auch die Gemeinsamkeiten etwa zwischen Sozialdemokratie und Faschismus (Stützen des Kapitalismus zu sein) grundlegender als ihre Differenzen (Ausdruck unterschiedlicher Herrschaftsstrategien der Bourgeoisie zu sein). Es ist daher sehr in Zweifel zu ziehen, ob – beispielsweise – Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Kampf gegen Faschismus legitim sein kann.

## **Die zwei Flügel der herrschenden Klasse und die Stellung der Kommunisten**

Lenin schrieb Ende 1910 über die allgemeine Tendenz der Bourgeoisie, zwei Herrschaftsstrategien herauszubilden: *„In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. Darin besteht das Wesen der konservativen Politik, die in Westeuropa immer mehr aufhört, die Politik der Grundbesitzerklassen zu sein, die immer mehr zu einer der Spielarten der allgemeinen bürgerlichen Politik wird. Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus‘, der Schritte in Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.“* (LW 16, S. 356)

Wie sehr diese Herrschaftsstrategien einander oberflächlich widersprechen mögen, sie beide sind wesentlich... eben Herrschaftsstrategien zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Nun mag sein, dass Lenins Charakterisierungen zu präzisieren sind oder weitere Differenzierungen notwendig wären. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass er sie lediglich als zwei Methoden desselben Zwecks, als zwei Seiten einer Medaille betrachtet.

Die Stellung der Kommunisten kann demzufolge nicht sein, zu versuchen, gemeinsam mit einem Flügel der Bourgeoisie gegen den anderen zu kämpfen. Das hätte nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie – also zwischen ihren verschiedenen Flügeln – auszunutzen. Sondern das bedeutet, sich von der Bourgeoisie einspannen zu lassen und ihr somit auf den Leim zu gehen.

Die Widersprüche zwischen den Flügeln der Bourgeoisie ausnutzen können wir am besten, indem wir sie, die Widersprüche sowie die Rol-

len dieser Flügel jederzeit aus Perspektive des Klassenstandpunkts der Arbeiterklasse entlarven und uns um die laut Lenin wichtigste, dringendste Arbeit kümmern, nämlich um den „*Zusammenschluß der Arbeiter zu großen, starken, gut funktionierenden Organisationen, die imstande sind, unter allen Bedingungen gut zu funktionieren, die vom Geist des Klassenkampfes durchdrungen sind, klar ihre Ziele erkennen und in wahrhaft marxistischer Weltanschauung erzogen werden.*“ (LW 16, S. 355)

Das bedeutet nicht, dass etwa Sozialdemokratie und Faschismus identisch wären oder die Sozialdemokratie pauschal als der „linke Flügel des Faschismus“ zu charakterisieren sei. Ihre spezifische Rolle zugunsten des Machterhalts des Kapitals muss anhand der konkret agierenden Kräfte benannt werden. Wesentlich und für strategische Überlegungen entscheidend ist aber die Gemeinsamkeit beider, Stützen des Kapitals zu sein.

### **Bündnispolitik entlang sozialer Schichten, nicht entlang politischer Gruppierungen**

Anstatt Energie mit „möglichst breiten“ Bündnisdemonstrationen gegen den reaktionären Teil der Bourgeoisie zu verschwenden, sollte sich die PdA vielmehr konzentrieren, eigenständig Aktionen zu setzen. Hätte die PdA so viel Energie in den Parteiaufbau, in all seinen organisatorischen und propagandistischen Facetten, gesteckt, wie sie – vor allem im Kampf „gegen Rechts“ – in Bündnisarbeit mit bloß vermeintlichen Sozialisten sowie sogar offen bürgerlichen Kräften gesteckt hat, so stünde sie heute anders, nämlich deutlich besser da.

Indem die PdA als Kampfpartei und Avantgarde der Arbeiterklasse erstarkt, werden beiden Flügeln, der liberalen und der reaktionären Stütze des Kapitalismus gleichzeitig und gleichermaßen Schläge versetzt. Selbiges gilt für das Erstarken der eigenständigen Klassenorganisationen und -bewegungen der Arbeiterklasse und der sonstigen antimonopolistischen Schichten. Dieses Erstarken zu forcieren ist der beste, letztlich *der einzig tatsächlich wirksame Antifaschismus.*

Sektierertum entscheidet sich nicht daran, in wie breiten Bündnissen

mit anderen politischen Gruppierungen man aktiv zu sein bereit ist, sondern daran, wie sehr man bereit ist, sich direkt an die Arbeiterklasse und Volksschichten zu wenden und wie sehr man die eigene Politik an dieser Hinwendung orientiert. Insofern bedingt oftmals gerade Bündnispolitik Sektierertum, sofern es sich dabei um Bündnispolitik entlang politischer Organisationen handelt, statt um die notwendige antimonopolistische Bündnispolitik entlang sozialer Schichten.

Eine eigenständige, gut organisierte und kämpferische kleine Demonstration kann mitunter mehr bringen als die Beteiligung an einer großen Bündnisdemonstration. Der Sinn von Demonstrationen ist nicht per se, möglichst viele Personen auf die Straße zu bringen. Sondern er ist, möglichst wirksam in den Köpfen der Teilnehmenden sowie der Beobachtenden etwas zugunsten des Sozialismus zu verändern. Diese Wirksamkeit misst sich nicht allein an der Quantität, sondern auch und vielleicht in erster Linie an der Qualität: Und als kleine Organisation geht man in Bündnisaktionen unter – hängen bleibt, dass man die oftmals durch Kompromisse verwaschenen Losungen des Bündnisses legitimiert. Hingegen kann man mit eigenständigen Aktionen, wenn sie auch notwendigerweise kleiner ausfallen, klare Botschaften vermitteln und erscheint nicht als wirres, widersprüchliches Fahnenmeer, sondern als entschlossene Einheit.

### **Gemeinsam eine klare Strategie entwickeln**

Dem Autor dieser Zeilen ist bewusst, dass sie wohl von manchen als provokant aufgefasst werden. Sollte dies jemanden vonseiten der Verteidiger unserer bisherigen Bündnispolitik dazu ermuntern, seine Position darzulegen und zu argumentieren, wäre schon einiges gewonnen. Werden endlich die Argumente der in der PdA vorfindlichen, mitunter sehr gegensätzlichen Positionen dargelegt, miteinander verglichen und wissenschaftlich an ihrer optimalen Nützlichkeit zugunsten des historischen Fortschritts (und das ist nichts anderes als: an ihrer Wahrheit) gemessen, kann sich schrittweise die richtige Linie der Partei herauskristallisieren und entwickeln.

Derzeit weist die PdA noch keine klare Strategie zur Errichtung des

Sozialismus in Österreich auf. Und dies betrifft auch die Bündnispolitik beziehungsweise die bündnispolitische Strategie und Taktik. Unsere Strategie muss in einer für alle Mitglieder nachvollziehbaren Form ausgearbeitet werden, daher insbesondere auch in schriftlicher Form, wofür es mit der Einheit und Widerspruch bereits das geeignete Medium gibt. An der Ausarbeitung unserer Strategie muss sich die Partei als ganze machen.

### **Literaturverzeichnis**

Lenin, W. I. (1962). September 1909-Dezember 1910 (Werke, Bd. 16). Berlin: Dietz. Zugriff am 17.08.2016. Verfügbar unter <http://www.red-channel.de/LeninWerke/LW16.pdf>

Partei der Arbeit Österreichs. (2013). Gründungs- und Grundsatzerklärung. Zugriff am 13.08.2016. Verfügbar unter <http://parteiderarbeit.at/wp-content/uploads/2013/10/Gr%C3%BCndungs-und-Grundsatzerkla%C3%A4rung>.

# Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“

*Von Hannes Fellner*

## 1.

Vor etwas mehr als hundert Jahren veröffentlichte Lenin seine Schrift „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ (Lenin 1962, S. 3–9) in der dritten Nummer des theoretischen Organs der Bolschewiki „prosvješćenije“ (Bildung), welche Marxens 30. Todestag gewidmet war. In ihr zeigt Lenin auf, dass der Marxismus als Synthese von Philosophie, politischer Ökonomie und Sozialismus, zu dem *„Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert [...] hervorgebracht hat“* in einem Erb- und Fortsetzungsverhältnis steht. So heißt es in der Einleitung: *„Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, dass der Marxismus nichts enthält, was einem ‚Sektierertum‘ im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die abseits von der Heerstraße der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx‘ besteht gerade darin, dass er auf die Fragen Antworten gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus.“* Insbesondere die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und der französische Sozialismus sind, so argumentiert Lenin, im Marxismus aufgehoben – in der dreifachen Hegelschen Bedeutung von „aufheben“ als negieren, bewahren, auf eine höhere Stufe heben – und genau darum nicht nur Quellen, sondern gleichzeitig Bestandteile.

Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile“ beinhaltet einen der umstrittensten Sätze des Marxismus: *„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“* Seit seinem Bekanntwerden haben die Gegner des Sozialismus diesen Satz (meist aus seinem Kontext gerissen) immer wieder als Argument für den quasi-religiösen und dogmatischen Charakter des Marxismus herangezogen. Selbst nicht wenigen sich als Marxistinnen und Marxisten verstehenden Menschen war und ist diese apodiktisch scheinende Aussage Lenins nicht zuletzt angesichts der Niederlage des ersten Anlaufs zum Sozialismus in Europa nicht geheuer.

Will man diesen Satz verstehen, gilt es seinen Zusammenhang zu berücksichtigen. Das ist auf der eine Seite der Text, in welchem er steht, auf der anderen Seite die im Text aufgewiesene philosophische Tradition, in welche Lenin den Marxismus zu stellen wusste.

Zunächst: Dem russischen Wort *всесильный* (*wsesiljny*) des Originals haftet nicht die religiöse Bedeutungskomponente an, die beim Erklingen des Wortes *allmächtig* im Deutschen mitschwingt. (Gott ist im russisch-orthodoxen Zusammenhang zwar auch allmächtig, dies wird aber gerade nicht mit dem Wort *всесильный* ausgedrückt.) Russisch *всесильный* setzt sich aus *все* (*wse*) ‚alle‘ und *сильный* (*siljny*) ‚stark‘ zusammen und die bessere aber umständlichere deutsche Übersetzung im Zusammenhang des erwähnten Satzes in „Drei Quellen und drei Bestandteile“ – will man ungewohntes ‚allstark‘ oder ‚allkräftig‘<sup>1</sup> vermeiden – wäre *„Die Lehre von Marx ist in Bezug auf Alles/das Ganze stark, weil sie wahr ist.“*

Im Kontext von „Drei Quellen und drei Bestandteile“ bedeutet „das Ganze“ zunächst die drei „Quellen und drei Bestandteile“ des Marxismus. Philosophie, politische Ökonomie und Sozialismus sind im Marxismus nicht vereinzelt Komponenten eines Weltbildes, sondern bilden einen Zusammenhang. Die Stärke des Marxismus macht nach Lenin der Umstand aus, dass Marx und Engels nicht nur den Wissensstand der gesellschaftlich und politisch relevantesten Wissenschaftsgebiete und Ideen ihrer Zeit aufnahmen und für sich vereinzelt weiterentwickelten, sondern dass sie gerade in der Synthese dieser eine wissenschaftliche Weltanschauung entwickelten.

Als Philosophie will die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus die Welt nicht nur interpretieren, sondern verändern. Die Möglichkeit zur Veränderung der Welt setzt zweierlei voraus:

1. Die Einsicht in die vergangene und aktuelle Entwicklung menschlicher Gesellschaft und Geschichte, also die politische Ökonomie: *„Grundlage [der] wissenschaftlichen Einschätzung von historischen Prozessen ist die Einsicht, dass deren entscheidende Triebkraft die Entwicklung der Produktivkräfte in den ihnen entsprechenden Produktionsverhältnissen ist und dass die Entwicklung der Produktivkräfte fortschreitend in Widerspruch zu dem in den Institutionen der Gesellschaft festgeschriebenen Typus von Produktionsverhältnissen gerät; die Analyse einer bestehenden gesellschaftlichen (und das heißt auch: politischen) Situation und der ihr angemessenen politischen Strategie beruht auf dieser Einsicht und schließt sowohl die Erfassung der allgemeinen Grundlage und Wesensstruktur einer Gesellschaftsformation als auch ihrer zahlreichen besonderen Durchsetzungsmechanismen und Widersprüche ein.“* (Holz 1991, S. 25)
2. Die Einsicht in die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten menschlicher Gesellschaft und Geschichte: *„Der Marxismus entwirft – als wissenschaftlicher Sozialismus – den Grundriss einer humanen Gesellschaftsordnung. Er tut dies nicht, indem er ein ausgedachtes und erhofftes Bild der Menschlichkeit utopisch auf eine zukünftige Gesellschaft projiziert, sondern indem er aufgrund der Analyse der Wesensgesetze des Geschichtsprozesses die Möglichkeiten aufzeigt, die sich als Folge der gegenwärtigen Vergesellschaftungsformen für die Zukunft ergeben. Dabei stellt sich ein Bild menschlicher Daseinsgestaltung her, von dem sich die gegenwärtige Wirklichkeit als unmenschlich abhebt. Die Einsicht in die gesellschaftlichen Gründe, die die Verwirklichung des historisch herangereiften Gattungswesens des Menschen blockieren, erlaubt es, das politische Handeln auf das Ziel dieser Verwirklichung auszurichten.“* (Holz 1991, S. 74)

In einem weiteren Zusammenhang hat „das Ganze“, welches in dem Leninschen Wort „allmächtig“ steckt, aber eben auch explizit philosophische Bedeutung und muss mit dem Wörtchen „wahr“ im dem berechtigten Satz zusammengedacht und -verstanden werden.

In der alltäglichen, wissenschaftlichen, politischen Erfahrung weist jeder Gegenstand, jeder Prozess, jedes Verhältnis über sein begrenztes Feld hinaus. Gegenstände sind in Strukturen eingebettet, Prozesse in Systeme, Verhältnisse in größere Zusammenhänge. Dem Alltagsverständnis genügen die auf ihn wirkenden einzelnen Segmente der Welt, die Einzelwissenschaften sind notwendigerweise auf sie beschränkt und der politische Reformismus gefällt sich sogar in seiner Unfähigkeit über seine eigene auf Einzelnes fixierte Begrenztheit hinaus denken oder handeln zu müssen.

Eine wissenschaftliche Weltanschauung hingegen hat die Aufgabe, Teilaspekte, Ausschnitte, Segmente der Wirklichkeit auf ihre Zusammenhänge und vermittelt über Zwischenschritte auf das Ganze hin zu denken und dementsprechend zu handeln.

Da wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Einschätzungen über Teilaspekte, Ausschnitte, Segmente immer nur Erkenntnisse über einen Teil der Wirklichkeit sind, kommt ihnen auch nur relative Wahrheit zu, denn, wie Hegel formulierte, „*das Wahre ist das Ganze*“. Das Ganze ist die Welt, die als Totalität kein Gegenstand der Erfahrung sein kann, wohl aber methodisch als Begriff konstruiert und in einem begrifflichen Modell, einem philosophischen Weltentwurf abgebildet werden kann.

Die Dialektik, deren Kern die Lehre vom Widerspruch mit ihren von Hegel entdeckten und formulierten Entwicklungsgesetzen bildet, mit welchen sich die Bewegung des Seins (in Natur, Gesellschaft und Denken), als Selbstbewegung aufgrund innerer Widersprüche begreifen lässt, ist im Marxismus das Konstruktionsprinzip des Gesamtzusammenhangs und somit gleichzeitig Methode und System. In diesem Sinne ist die marxistische Philosophie, wie Engels es formulierte, „*Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs*“.

Der Marxismus als „*Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs*“ hat die Aufgabe, die sich immer erweiternde, systematisch zusammenhängende Gesamtheit wissenschaftlichen Wissens zu integrieren und zu einer politischen Handlungsanleitung zu systematisieren, was einschließt,

dass er sich als spezifische Reflexionsform seiner eigenen Epoche erkennt und also nicht außerhalb der Geschichte stellt. So unterwirft der Marxismus sich selbst, seine Theoreme und Argumentation rationalen Kriterien, denen gemäß sie als allgemein nachvollziehbar und im besten Falle als zwingend erwiesen werden können. Der Weltentwurf des Marxismus lässt sich so als ein Modell von relativem Wahrheitsgehalt darstellen, das in unendlicher Annäherung an die absolute Wahrheit (die Totalität) stets wieder (selbst)kritisch aufgesprengt werden muss.

Wenn Lenin nun davon spricht, dass die Lehre von Marx allmächtig, also in Bezug auf Alles/das Ganze stark ist, geht es um den philosophischen Entwurf von Welt, der weil wissenschaftlich fundiert und begründet, seinen eigenen Platz (selbst)kritisch logisch-historisch reflektierend als Einheit von Theorie und Praxis wahr ist. Und, so könnte man ergänzen, die Lehre von Marx ist wahr, gerade weil sie sich auf Alles/das Ganze bezieht.

Fehlt dem Marxismus der Bezug auf das Ganze, verliert er an Wahrheitsgehalt und damit Wirkkraft. Gerade die Vernachlässigung der philosophischen Quellen und Bestandteile des Marxismus, die Aufgabe des Anspruches „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ zu sein, hat sich historisch für Kommunistische Parteien als Orte, an welchem sich die Einheit von Theorie und Praxis in der Praxis realisieren sollte, stets als schädlich erwiesen. Diese Verarmung und Verkümmern marxistischer Theorie war über verschiedene Stufen vermittelt nicht nur einer der Gründe für den Untergang des Sozialismus in Europa, sondern ist auch heute noch ein bedeutender Grund für die relative Schwäche von kommunistischen Parteien. Dass heute die Philosophie im Proletariat nicht ihre *materiellen* und das Proletariat in der Philosophie nicht seine *geistigen* Waffen findet, ist ein bedeutendes Hindernis für die Wiedererstarkung kommunistischer Parteien.

## 2.

Nicht nur der im ersten Teil der Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ behandelte Satz über die „Allmächtigkeit“ der Marxschen Lehre erregt(e) die Gemüter der Gegner

des Marxismus (wie auch die einiger ihm Wohlgesonnener). Auch das ihm folgende Diktum galt und gilt selbst in manchen sich als marxistisch verstehenden Kreisen als problematisch. Unmittelbar nach „*Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist*“ heißt es in den „Drei Quellen“: „*Sie ist in sich geschlossen und harmonisch.*“ (Lenin 1962, S. 3)

Auf den ersten Blick drängen sich beim Lesen dieses Satzes sofort zwei kritische Punkte ins Bewusstsein. Erstens, wie kann der Marxismus „*in sich geschlossen*“ sein; ist Geschlossenheit und die Unfähigkeit Neues aufzunehmen und zu integrieren nicht gerade ein wesentliches Charakteristikum eines Dogmas? Zweitens, wie kann der Marxismus „*harmonisch*“ sein, wenn zu seinen Quellen und Bestandteilen die Lehre vom Widerspruch gehört; ist Widerspruch nicht gerade das Gegenteil von Harmonie?

Auch dieser Satz muss aus der Tradition sowie dem System und der Methode der dialektischen Philosophie, zu welchen der Marxismus in einem Erb- und Fortsetzungsverhältnis steht, begriffen werden, wenn er recht verstanden werden will.

Ein Blick auf das russische Original bietet zunächst einmal einen guten Ausgangspunkt für das bessere Verständnis der betreffenden Passage. Das russische Wort, welches die Übersetzung mit „*in sich geschlossen*“ wiedergibt, ist *полный* (*polny*). Das Wort, das wortgeschichtlich mit dem Deutschen Wort „voll“ verwandt ist, bedeutet im Russischen „voll, komplett, absolut, total“. Bedeutungsmäßig steht es also in Verbindung mit dem im ersten Teil der Anmerkungen herausgearbeiteten Begriff des Ganzen. Wir haben gesehen, der Weltentwurf des Marxismus lässt sich in Anschluss an Engels, Lenin und Hans Heinz Holz als ein Modell von relativem Wahrheitsgehalt, das in unendlicher Annäherung an die absolute Wahrheit (die Totalität) die systematisch zusammenhängende Gesamtheit wissenschaftlichen Wissens integriert und zu einer politischen Handlungsanleitung systematisiert, als „*Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs*“ verstehen.

„*Ein Gesamtzusammenhang, der sich in den Bewegungsformen seiner Bestandteile herstellt und darstellt, hat die Gestalt des Systems. Da die Welt*

*größer ist und mehr enthält, als wir je von ihr wissen können, darf ein System nicht als ein endliches, geschlossenes von sich behaupten, eine Abbildung des Ganzen zu sein, sondern muss sich offenhalten für Erweiterungen, für den Eintritt des Neuen.*

*Ein ‚offenes System‘ zeichnet sich dadurch aus, dass die Bewegungsformen, aus denen seine Systemgestalt hervorgeht, auch den Übergang zu Neuem, die Verwirklichung von darin angelegten Möglichkeiten, die Entstehung weiterer Möglichkeiten in Gang setzen. Darum ist der Marxismus als Dialektik nicht nur eine Wissenschaft von der Geschichte und Geschichtlichkeit des Menschen, sondern von der Natur als Geschichte. [...] Der Marxismus ist als theoretische Repräsentation dieser Logik der Entwicklung in Natur- und Menschheitsgeschichte eine systematische wissenschaftliche Weltanschauung.“ (Holz 2006)*

„In sich geschlossen“ bezieht sich also gerade auf den einheitlichen Charakter von System-Methode des Marxismus als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“. Für den Marxismus als Weltanschauung gilt natürlich, dass er „im Fluss“ ist – wie es der antike Dialektiker Heraklit bildlich ausdrückte – wo stets anderes Wasser hinzuströmt und man deshalb nicht zweimal in denselben Fluss steigen kann. In diesem Sinne ist er offen. Aber – um beim Bild zu bleiben – ein Fluss ist ein Fluss und kein Berg, und ein Fluss hat ein Bett und einen Verlauf. In dieser Hinsicht ist der Marxismus „in sich geschlossen“.

Dies impliziert zweierlei. Erstens, man kann den Marxismus nicht gleich einem Steinbruch gebrauchen, etwa seine politisch-ökonomischen Analysen übernehmen, aber deren politisch-praktischen revolutionären Konsequenzen verwerfen, wenn es sich danach noch um Marxismus handeln soll. Zweitens, man kann dem Marxismus nicht gleich einer Flickschusterei seiner System-Methode wesensfremde Elemente, wie etwa die „Kritische Theorie“ der Frankfurter Schule, eingliedern, wenn es sich danach noch um Marxismus handeln soll.

Wenden wir uns nun dem russischen Wort zu, welches in der Übersetzung als „harmonisch“ wiedergegeben wird. Russisch *стройный* (*stroinyj*) bedeutet „wohlgeformt, harmonisch, geordnet,

logisch“ und ist abgeleitet von dem Wort *cmпоў* (*stroj*), das „Ordnung, System“ bedeutet. In seiner Bedeutung als „wohlgeformt, geordnet, logisch“ verweist es einmal mehr auf den systematisch-methodologischen Charakter der marxistischen Weltanschauung als einheitlichem wissenschaftlich-weltanschaulichen Model der in, durch, aus der Dialektik formulierten Selbstbewegungsgesetze des Seins in Natur, Gesellschaft und Denken. Die Bedeutungsnuance „harmonisch“, die nicht zufällig mit „wohlgeformt, geordnet, logisch“ verschränkt ist, muss nun gerade in ihrem dialektischen Sinn begriffen werden.

Harmonie als dialektischer Begriff ist so alt wie die ersten philosophischen Formulierungsversuche der Dialektik in West und Ost. Schon im Daodejing<sup>2</sup> finden wir ein dialektisches Verständnis von Harmonie und bei Heraklit heißt es: *„Das auseinander Strebende vereinigt sich und aus den verschiedenen entsteht die schönste Harmonie und alles entsteht durch den Streit.“* (Diels und Kranz 2004)

Bei Leibniz finden wir Harmonie dann in ihrer Verschränkung mit den Begriffen Einheit und Totalität. Jedes Einzelne ist ein in seinen verschiedenen Zusammenhängen Wirkendes und von den verschiedenen Zusammenhängen Bewirktes. Wirken ist in seinem dialektischen Doppelcharakter sowohl aktiv als auch passiv als wechselseitiges materielles Verhältnis zu verstehen und wird von Leibniz metaphorisch als Spiegelung bezeichnet (was Hans Heinz Holz in seiner Philosophie im Anschluss an Lenin zur Widerspiegelungstheorie ausgearbeitet hat). Als Ausdruck einer exakten Metapher ist jedes Seiende (vom Atom bis zum biologischen Organismus über den Menschen bis zur Galaxie) ein Spiegel, der alle anderen Spiegel auf seine je eigene Art und Weise und von seinem je eigenen Punkt in der Welt spiegelt. Jedes ist mit allem in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichem Grad vermittelt. Jedes einzelne Seiende ist, wie Leibniz sagen würde, ein lebendiger Spiegel der Welt als Ganzes. Die Welt ist die Einheit aller einzelnen Seienden, was Leibniz als universelle Harmonie bezeichnet hat. Das Leibnizsche Harmoniekonzept steht also für den widersprüchlichen Wirkungszusammenhang der einzelnen Seienden als Einheit auf verschiedenen Ebenen.

Wir sehen, in der dialektischen Tradition wird Harmonie nicht statisch-versöhnlich begriffen, sondern gerade als Titel für den Kampf und die Einheit der Gegensätze. Lenin verwendet russisch *стройный* „wohlgeformt, harmonisch, geordnet, logisch“ in Bezug auf den Marxismus genau im Sinne dieses philosophischen Erbes. Der Marxismus bildet systematisch und methodologisch als Einheit seiner Quellen und Bestandteile (Philosophie, politische Ökonomie und Sozialismus) ein harmonisches Ganzes. Er ist eben keine „große Erzählung“, der beliebig etwas hinzugedichtet oder wegredigiert werden kann, sondern ist ein offenes System, das nur auf seiner eigenen Grundlage einheitlich weiterentwickelt werden kann.

Das schließt gegensätzliche Ansichten gerade ein. *„Die marxistische Theorie ist herausgefordert, [...] auf die neu entstehenden Fragen Antworten zu finden – politökonomische, soziologische, psychologische, politische. Viele dieser Antworten werden zunächst Versuche sein, werden mit neuen Ideen experimentieren, werden in der Praxis erprobt und korrigiert werden müssen. Erkenntnis entwickelt sich nicht einfach nur durch Auffinden von Wahrheiten, sondern immer auch auf dem Umweg über Irrtümer und ihre Korrektur. Eine Pluralität von Konzepten gehört zum Fortschritt des Wissens. Aber unter einer Mehrzahl von Vorstellungen sind nicht alle gleich richtig und gleich realisierbar. Die Wahrheit ist nicht etwas Beliebiges, worauf man sich in einem Kompromiss zwischen widersprechenden Meinungen einigen könnte; sondern sie ist die richtige Darstellung der Wirklichkeit und der in ihr liegenden Möglichkeiten in unserem Denken. Darum ist erkenntnistheoretischer Pluralismus ein Widersinn, so wie die Pluralität der Meinungen notwendig für den Weg zur einen Wahrheit ist.*

*Die Entwicklung des Marxismus heute wird und muss sich in vielen, auch gegensätzlichen Gedankenansätzen vollziehen. Das heißt aber nicht, dass alles und jedes zur Disposition steht. Wissenschaftliche Erkenntnisse entwickeln sich auf vielfältige Weise innerhalb eines «Paradigmas» (wie die Wissenschaftstheoretiker das nennen), also innerhalb eines Erklärungsmusters und Rahmenmodells der Wirklichkeit.“ (Holz 1991, S. 30)*

Der Marxismus sei Steinbruch für Sozialdemokraten und Bürgerliche und damit auch von Einfluss auf diese, er sei ein bunt bebildertes

Album für Eklektiker und vielleicht auch von Einfluss auf jene, er *ist* aber System und Methode für MarxistInnen, als Werkzeug der Analyse, aber auch der Anleitung für die politische Praxis, und diese ist für Marxisten nun einmal die Revolution, nicht mehr, aber keinesfalls weniger, und deswegen ist er auch Leninismus geworden.

## **Anmerkungen**

1) Meinem Kollegen, Freund, Genossen Kaan Kangal verdanke ich den Vorschlag, russisch *всесильный* als „allkräftig“ zu übertragen. Denn auch bei Hegel und Hans Heinz Holz ist es die Kraft, und nicht die Stärke des Denkens, die diesem ermöglicht, das Sein zu übergreifen und dieses in sich zu reflektieren. Es ist wiederum die Kraft, die „aktiviert“ wird (*vis activa*), wenn das Denken sich als das Sein reflektierende Denken wiederum reflektiert (widerspiegelt).

2) Klassischer chinesischer Text in Form einer Spruchsammlung aus dem 6. Jh. v.u.Z., der traditionell Laozi zugeschrieben wird (vgl. Holz 1994).

## **Literaturverzeichnis**

Diels, H. & Kranz, W. (Hrsg.). (2004). Die Fragmente der Vorsokratiker. Griechisch und deutsch (Unveränd. Nachdr. d. 6. Aufl. 1951). Zürich: Weidmann.

Holz, H. H. (1991). Niederlage und Zukunft des Sozialismus (Edition Marxistische Blätter). Essen: Neue-Impulse-Verl.

Holz, H. H. (1994). China im Kulturvergleich. Ein Beitrag zur philosophischen Komparatistik (*Dialectica minora*, Bd. 9). Köln: Dinter.

Holz, H. H. (2006, 26. August). Orientierung in der Vielheit der Erscheinungen. Die Einheit des Marxismus auf dem Prüfstand.

junge Welt, Beilage. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.jungewelt.de/beilage/art/263183>

Lenin, W. I. (1962). März - Dezember 1913 (Werke, / W. I. Lenin. Ins Dt. übertr. nach d. 4. russ. Ausg. Die dt. Ausg. wird vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgt ; Band 19). Berlin: Dietz Verl. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.red-channel.de/LeninWerke/LW19.pdf>

# Das Realisierungsproblem in der Marxschen Krisentheorie

Von Gerfried Tschinkel

Offensichtlich ist, dass die Möglichkeit der Krise aus den Grundbedingungen der Warenproduktion folgt, aus dem Widerspruch von Wert und Gebrauchswert. Kauf und Verkauf fallen auseinander, und nur weil eine Ware produziert wurde, heißt das noch lange nicht, dass sie auch abgesetzt wird. Es ist also klar, dass die Krise dann in Erscheinung tritt, wenn Waren massenhaft unverkäuflich sind. Nun erklärt aber die Möglichkeit der Krise noch nicht ihre Wirklichkeit. Vielmehr erscheint es nur an der Oberfläche der Warenzirkulation so, als sei die Krise ein reines Problem der zahlungsfähigen Nachfrage, das unter Umständen auch einfach dadurch zu beheben sei, indem man den Konsum steigere, die Löhne erhöhe usw. Aber Warenproduktion alleine, die viel länger existiert als der Kapitalismus, erklärt keineswegs die periodischen Krisen desselben. Vielmehr muss man dazu, wie es Marx tut, die inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion untersuchen und die eigentlichen Schranken derselben im Kapital und der Mehrwertproduktion selbst ausfindig machen. Unbedingtes Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Kapitalverwertung, die nur mit dem Mittel der ständigen Produktivkraftentwicklung aufrechterhalten werden kann. Aber Ziel und Mittel stehen in dauerndem Konflikt, welcher die krisenhaften Einbrüche des Kapitalismus begründet. *„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht gerade darin, dass die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte (...); während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat“* (MEW 25, S. 259). *„Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals.“* (MEW 25, S. 260). Der konjunkturauslösende Widerspruch der hier vorliegt,

ist einer zwischen Produktionsverhältnis (das Kapitalverhältnis mit der Mehrwertproduktion) und der Produktivkraftentwicklung. Der Widerspruch zwischen Zweck und Mittel treibt das Kapital zur Akkumulation in immer größerem Umfang. Die Produktion auf höherer Stufenleiter führt dazu, dass das konstante Kapital gegen das variable Kapital anwächst. Da der Mehrwert gleichzeitig abhängig von der Größe des variablen Kapitals ist, verringert sich so im Prozess der Kapitalakkumulation die Profitrate, oder das Verhältnis von angewandtem Kapital und dem erzielten Profit, der für die Gesamtgesellschaft gleich dem erzielten Mehrwert ist. Das Kapital muss in Folge entwerthen. Den Zusammenhang von Krise und tendenziellem Fall der Profitrate drückt Marx so aus: *„Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozess des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses.“* (MEW 25, 259f.).

### **Überproduktion von Kapital, Überproduktion von Waren**

Die Krisen sind so Krisen der Überakkumulation von Kapital. Das heißt, die Akkumulation des Kapitals ist dadurch blockiert, dass die erforderliche Profitrate nicht mehr erzielt wird. Überakkumulation von Kapital schließt aber Überproduktion von Waren ein: *„Was heißt also Überproduktion von Kapital? Überproduktion der Wertmassen, die bestimmt sind, Mehrwert zu erzeugen (oder dem stofflichen Inhalt nach betrachtet, Überproduktion von Waren, die zur Reproduktion bestimmt werden) – also Reproduktion auf zu großer Stufenleiter, was dasselbe ist wie Überproduktion schlechthin.“* (MEW 26.2, S. 534). *„Die Überproduktion speziell hat das allgemeine Produktionsgesetz des Kapitals zur Bedingung, zu produzieren im Maß der Produktivkräfte (d.h. der Möglichkeit, mit gegebener Masse Kapital größtmögliche Masse Arbeit auszubeuten) ohne Rücksicht auf die vorhandenen Schranken des Marktes oder der zahlungsfähigen Bedürfnisse, und dies durch beständige Erweiterung der Reproduktion und Akkumulation, daher beständige Rückverwandlung von Revenue in Kapital auszuführen, während andererseits die Masse der Produzenten*

auf das average Maß von Bedürfnissen beschränkt bleibt und der Anlage der kapitalistischen Produktion nach beschränkt bleiben muss.“ (MEW 26.2, S. 535). Die Krise macht sich letztlich also durch die Schranken des Marktes geltend. Das Realisierungsproblem erwächst daraus, dass zu viel Kapital produziert wurde, mehr als sich durch den Verkauf realisieren lässt. Es ist nach Marx jedoch eindeutig die Akkumulation und nicht der individuelle Massenkonsum, der den Krisenverlauf bestimmt. Die Produktion ist das vorwärtstreibende Moment. Die Schwierigkeit der Wertrealisierung entsteht mit den Schwierigkeiten der Mehrwerterzeugung. Die Akkumulation schrumpft, sobald die Mehrwerterzeugung nicht mehr ausreicht, die erforderliche Kapitalverwertung zu erzielen. Mit dem Abbruch der Akkumulation, der jedoch bereits aus dem Widerspruch von Produktion und Realisation des Profits abgeleitet werden muss, erscheint die Überproduktion und damit die Krise. Die Überproduktion bezieht sich auf das „richtige Verhältnis zwischen Konsum und Verwertung“, auf ein „zu viel für die Verwertung“ (Marx), sie bezieht sich so auf die zu erzielende Profitrate. Es werden, so Marx, „periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen.“ (MEW 25, S. 268). Es werden zu viele Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können. Das Warenkapital muss entwerten. Und es muss entwerten, weil die Produktion ohne Rücksicht auf den Markt ausgedehnt wurde und der Arbeiter, als Käufer, stets auf ein Einkommen zurückgeworfen ist, das nur seine notwendigsten Bedürfnisse deckt, als Produzent hingegen ein weit größeres Angebot schafft. Es geht hier also um die Existenz des Mehrwerts, der weiterhin realisiert und in Kapital rückverwandelt werden muss. Das Problem der Realisierung erwächst dabei aus dem selben Vorgang, der mit dem Fall der Profitrate verbunden ist: „Mit der Entwicklung des Prozesses, der sich im Fall der Profitrate ausdrückt, schwillt die Masse des so produzierten Mehrwerts ins Ungeheure. Nun kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse, das Gesamtprodukt, sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der den Mehrwert darstellt, muss verkauft werden. Geschieht das nicht oder nur zum Teil oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehn, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber

*seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten (...)*“ (MEW 25, S. 254).

## **Unterkonsumtion?**

Dass Marx kein Anhänger einer Unterkonsumtionstheorie war, belegt unter anderem eine Stelle in der Marx über Sismondi ausführt: *„Er fühlt namentlich den Grundwiderspruch: Ungefesselte Entwicklung der Produktivkraft und Vermehrung des Reichtums, der zugleich aus Waren besteht, versilbert werden muss, einerseits; andererseits als Grundlage Beschränkung der Masse der Produzenten auf die necessaries. Hence sind bei ihm die Krisen (...) wesentliche Ausbrüche der immanenten Widersprüche auf großer Stufenleiter und zu bestimmten Perioden.“* (MEW 26.3, S. 51). Eindeutig weist hier Marx mit den necessaries auf die Mehrwertproduktion hin und nicht auf ungenügende Nachfrage der Massen aufgrund ihrer niedrigen Löhne. Weil Sismondi von der Unterkonsumtion ausgehe, begreife er nicht die Widersprüche der kapitalistischen Produktion *„und begreift daher auch nicht den Prozess ihrer Auflösung“* (MEW 26.3, S. 51). Selbiges (die Mehrwertproduktion) spricht Marx mit dem *„average Maß von Bedürfnissen“* an, wie oben zitiert. Es geht hier also nicht etwa um zu niedrige Löhne, es geht um die Kapitalverwertung, um die Existenz der Mehrwertproduktion. Denn die Mehrwertproduktion, als Ziel der kapitalistischen Produktion, ist der letzte Grund aller kapitalistischen Krisen (gesellschaftliche Produktion/private Aneignung). Und aus diesen helfen auch höhere Löhne nicht heraus. Durch höhere Löhne würde stattdessen die Profitrate sinken, das heißt die Produktion noch weiter eingeschränkt, was wiederum zu einem weiteren Sinken der Massenkauftkraft führen würde. Marx bemerkt dazu: *„Es ist eine reine Tautologie zu sagen, dass die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen. (...) Dass Waren unverkäuflich sind, heißt nichts, als dass sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten (...) Will man aber dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, dass man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mitunter abgeholfen, sobald sie größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, dass die*

*Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müsste – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und ‚einfachen‘ (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten und bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturm-*vogel einer Krise.*“ (MEW 24, 409f.). Es ist nicht beliebig, ob man die Krise als Unterkonsumtionskrise oder als Überproduktionskrise fasst. Die Marxsche Position ist nicht willkürlich, sondern er erfasst das treibende Moment der Krisenentwicklung. Und dieses liegt nicht in der Konsumtion, sondern in der Produktion des Kapitals als sich selbst verwertender Wert, als maßloses Verhältnis, das die Produktivkräfte so entwickelt, dass die Aufrechterhaltung des Kapitalwerts jedes mal in Frage gestellt wird. Die Lösung der Krise ist so auch nur auf der Seite der Produktion zu finden, in der Entwertung von Kapital.*

*Literaturtipps: Goldberg 1986; Knolle-Gruthusen et al. 2005; Müller 2009.*

## **Literaturverzeichnis**

Goldberg, J. (1986). Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps. In Institut für marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), *Krisentyp der 80er Jahre. Kapitalstrategien, Entwicklungsvarianten, Alternativen* (Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, 11, II/1986). Frankfurt a. M.

Knolle-Gruthusen, A. & Hartmann, P. (2005). *Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute* (Topos Sonderheft, Bd. 1). Napoli.

Marx, K. & Engels, F. (1967). *Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil* (Marx-Engels-Werke, Bd. 26.2). Zugriff am 29.07.2016.

Verfügbar unter [https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew\\_band26-2.pdf](https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band26-2.pdf)

Marx, K. & Engels, F. (1968). *Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil* (Marx-Engels-Werke, Bd. 26.3). Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter [https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew\\_band26-3.pdf](https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band26-3.pdf)

Marx, K. & Engels, F. (1983). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie ; Bd. 2. Der Zirkulationsprozeß des Kapitals* (Marx-Engels-Werke, Bd. 24). Berlin: Dietz. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter [https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew\\_band24.pdf](https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band24.pdf)

Marx, K. & Engels, F. (1983). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie ; Bd. 3. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion* (Marx-Engels-Werke, Bd. 25). Berlin: Dietz.

Müller, A. (2009). *Die Marxsche Konjunkturtheorie. Eine überakkumulationstheoretische Interpretation* (PapyRossa Hochschulschriften, Bd. 80). Köln: PapyRossa-Verl. Verfügbar unter [www.gbv.de/dms/zbw/588664901.pdf](http://www.gbv.de/dms/zbw/588664901.pdf)

# Empörung statt Revolution

Von Hannes Fellner

Vor bald 65 Jahren erschien *Der Mensch in der Revolte*. Mit seinem theoretischen Hauptwerk *Der Mensch in der Revolte* reiht sich Camus in die Tradition kleinbürgerlich-subjektivistischer Politikansätze ein

Albert Camus' literarisches Werk zählt ohne Zweifel zu den wichtigsten des 20. Jahrhunderts. Sein theoretisches Werk, das er selbst nicht als philosophisch bezeichnen wollte, da er systematische Philosophie für unmöglich gehalten und folgerichtig ablehnt hatte, fand seinen höchsten ideologischen Ausdruck in dem 1951 erschienenen buchlangen Essay *L'homme révolté* (LR)<sup>1</sup>. Dessen Erscheinen erregte großes Aufsehen in den intellektuellen Kreisen Europas und führte zum persönlichen Bruch Jean Paul Sartres mit seinem langjährigen Weggefährten Camus.

Grundlage von LR ist Camus' 1942 erschienene erste längere theoretische Abhandlung *Der Mythos des Sisyphos* (MS), in welcher er die Grundlagen seiner „Philosophie des Absurden“ entwickelt hatte. Der Ausgangspunkt von MS bildet für Camus die provokante Frage „*Soll ich mich umbringen?*“. Dieses Problem, ob und wenn ja wie man als Mensch leben kann und soll, stellt sich für ihn auf Grundlage seiner am Anfang von MS vorangestellten existentialistischen Einstellung, dass das Leben des Individuums auf unterschiedliche Art und Weise irrational und absurd ist. Dass es das Absurde ist, welches den Menschen ausmacht, wird dann im Laufe von MS an philosophischen und literarischen Beispielen mehr evoziert als argumentiert.

Für Camus entsteht „*[d]as Absurde [...] aus dieser Gegenüberstellung des Menschen, der fragt, und der Welt, die vernunftwidrig schweigt.*“ (Camus 2000, S. 40). Der Mensch will und erwartet, dass die Welt Sinn für ihn macht und Bedeutung für ihn hat, was unzählige religiöse und philosophische Systeme zeigten. Das Problem ist aber nach Camus, dass

sich die Welt und die menschliche Existenz dem menschlichen Trachten nach Verständlichkeit nicht nur entziehen, sondern diesem sogar widerstehen. Diesen Widerspruch mit Vernunftmitteln zu erkennen, ist das Absurde und verweist auf die Begrenztheit der menschlichen Vernunft. Daher ist für Camus jedwedes dem Menschen inhärentes Streben danach, die Welt erkennen, verstehen, erklären zu wollen, absurd. So erweist sich Gewinn rationalen Wissens über die Welt jenseits der Konstatierung ihrer Absurdität und Sinnlosigkeit für das Individuum nur als scheinbar, als relativ und letzten Endes als zwecklos. Sinn, System, Ordnung, Einheit von einer unvernünftigen, chaotischen, unordentlichen, fragmentierten Welt zu verlangen, hieße die Grenze der Camus'schen absurden Vernunft überschreiten.

Camus erläutert angesichts des absurden Verhältnisses Mensch-Welt zwei Alternativen zu dem von ihm als Flucht vor dem Problem des Absurden abgelehnten Selbstmord: *révolte* als echte und Hoffnung als scheinbare, aber letztlich verfehlte Alternative.

In MS will Camus *révolte* als Leben im Bewusstsein der Absurdität der *conditio humana* verstanden wissen. *Révolte* ist somit „eine ständige Konfrontation des Menschen mit seiner eigenen Dunkelheit. Sie ist der Anspruch auf eine unmögliche Transparenz. Sie stellt die Welt in jeder Sekunde in Frage. [...] Sie ist die ständige Anwesenheit des Menschen bei sich selbst. Sie ist kein Sehnen, sie ist ohne Hoffnung.“ (Camus 2000, S. 79).

So ist Sisyphos' endloses Unterfangen angesichts dessen Sinn-, Zweck- und Nutzlosigkeit für Camus mehr als ein Sinnbild für das Streben des absurden Menschen. Sisyphos volles Bewusstsein seines sinn-, zweck- und nutzlosen Handelns wird von Camus als tragischer Triumph der *révolte*, als trotzig Selbstverwirklichung stilisiert. Sisyphos ist ein absurder Held, den wir „uns als einen glücklichen Menschen vorstellen“ (Camus 2000, S. 179) müssen.

Hierbei zeigt sich eine vierfache Bedeutung der Camus'schen *révolte* in MS, welcher man sich bei der Übertragung des Begriffes ins Deutsche bewusst sein muss. Die *révolte* ist 1. die innere Aufruhr des Individuums angesichts der Sinnlosigkeit des Daseins, 2. das individuelle

Empören des Fragenden gegen die schweigende Welt, 3. die individuelle Auflehnung gegen die Wirklichkeit, die seinen Anspruch auf Verstehbarkeit negiert und schließlich 4. der individuelle Widerstand gegen die Wirklichkeit des status quo in vollem Bewusstsein dessen, dass es keine Hoffnung auf wirkliche Änderung seines Zustandes geben kann.

Mit Hoffnung meint Camus das Streben des Menschen, sich ein anderes, zukünftiges Leben nach dem Hier-und-Jetzt vorzustellen, leben zu wollen oder anstreben zu können, was für ihn angesichts des sicheren Todes, der jeder Zeit eintreten kann, sinnlos ist. Für Camus erscheint Hoffnung in zwei Tendenzen. *„Die Hoffnung auf ein anderes Leben, das man sich ‚verdienen‘ muß, oder die Betrügerei derer, die nicht für das Leben an sich leben, sondern für irgendeine große Idee, die über das Leben hinausreicht, es erhöht, ihm einen Sinn gibt und es verrät.“* (Camus 2000, S. 10). Die eine Art der Hoffnung ist für Camus also die irrationale Flucht vor dem Absurden in die eine oder andere Form der Transzendenz, in das religiös, philosophisch, ästhetisch über das gegenwärtige Absurde diesseitig oder jenseitig Hinausgehende. Die andere Art der Hoffnung ist das Ausweichen vor dem Absurden mittels der von Camus als Überhöhung verstandenen Vergöttlichung des Menschen und der menschlichen Vernunft, die vermeint, dem Leben und der Welt einen Sinn verleihen zu können. Hier deutet sich das Feld an, mit welchem Camus sich in LR beschäftigen wird.

In LR stellt Camus die Frage *„Warum soll ich andere nicht töten?“* an den Anfang seiner Überlegungen. Diese Frage ergibt sich für ihn sowohl im Anschluss wie in Abgrenzung zur in MS behandelten Problematik Absurdes-Individuum-révolte. Von der in MS eingenommenen Position leitet er folgerichtig ab: *„Wenn man aus dem Gefühl des Absurden zunächst eine Regel für das Handeln abzuleiten beabsichtigt, macht es den Mord zum mindesten indifferent und infolgedessen möglich. Wenn man an nichts glaubt, wenn nichts Sinn hat und wenn wir keinen Wert bejahen können, ist alles möglich und nichts von Wichtigkeit.“* (Camus 1997, S. 8).

Camus erläutert aber, dass man aus denselben Gründen, wie man den Selbstmord als Schließung der absurden Kluft zwischen Mensch und

Welt ablehnt, den Mord ablehnen muß. Da das Leben diese aufrechtzuerhaltende Kluft als das Absurde hervorbringt, muß man es als das einzig notwendige Gut anerkennen. Diese Anerkennung ist ihrerseits die Grundlage der *révolte*, denn diese ist ja – wie Camus in MS dargelegte, zunächst Leben im vollen Bewußtsein der Absurdität.

Nun verschiebt sich die sicherlich durch Erfahrungen der Kriegsjahre beeinflusste Perspektive Camus' von der in MS behandelten individuellen zur überindividuellen *révolte*. Dies geschieht jedoch ohne Preisgabe ihres individualistischen Ursprungs. *„Der erste Fortschritt eines von Befremdung befallenen Geistes ist demnach, zu erkennen, daß er diese Befremdung mit allen Menschen teilt und daß die menschliche Realität in ihrer Ganzheit an dieser Distanz zu sich selbst und zur Welt leidet. Das Übel, welches ein Einzelner erlitt, wird zur kollektiven Pest.“* (Camus 1997, S. 21). Die *révolte* wird so für Camus zur ersten Selbstverständlichkeit, die den Menschen seiner Einsamkeit entreißt – und so kann er konstatieren: *„Ich empöre mich, also sind wir.“* (Camus 1997, S. 21). Um zu sein, muß der Mensch nach Camus, der nun den Auflehnungsaspekt von *révolte* als Standpunkt gegenüber dem Absurden hervorhebt, also revoltieren. Doch betont er, daß die Revolte ihre Grenzen wahren muß, *„die sie in sich selber findet und wo die Menschen, wenn sie sich zusammenschließen, zu sein beginnen.“* (Camus 1997, S. 21).

Infolgedessen setzt sich Camus mit verschiedenen Revolten und Revolutionen der europäischen Geschichte und den Verletzungen dieser Grenze auseinander. Ziel dieser Auseinandersetzung sei es, zu untersuchen, ob Revolten den Menschen *„nur zur Vernichtung der andern und seiner selbst führen“* können und *„ob jede Revolte mit der Rechtfertigung des allgemeinen Todesschlages enden“* (Camus 1997, S. 13) muß. *„Wenn wir sie in ihren Werken und ihren Taten verfolgen, haben wir jedesmal festzustellen, ob sie ihrem ursprünglichen Adel treu bleibt oder ob sie ihn im Gegenteil, aus Ermattung und Geistesverwirrung, vergißt in einem Rausch von Tyrannei und Knechtschaft.“* (Camus 1997, S. 21).

Bei seinem jähem Durchgang durch die Geschichte der Revolte in LR, in welcher Camus sich mehr als ausmalender Erzähler denn als mit Begrifflichkeiten Argumentierender erweist, werden von ihm zwei

Formen derselben in Beziehung gesetzt, die metaphysische und historische Revolte.

Die metaphysische Revolte lehnt sich auf gegen die Ungerechtigkeit der Schöpfung und ist die Negation Gottes und der Religion als einer absoluten Heilswahrheit. Sie kulminiert darin, daß der Mensch die gesuchte Gerechtigkeit, Ordnung und Einheit selbst schaffen und sich anstelle des Absoluten setzen muß, um die Absetzung Gottes zu rechtfertigen. *„Dann wird eine verzweifelte Anstrengung beginnen, falls nötig um den Preis des Verbrechens, das Reich des Menschen zu gründen.“* (Camus 1997, S. 24).

Die historische in Revolution umschlagende Revolte ist nach Camus die Folge der metaphysischen Revolte. *„Der revolutionäre Geist ergreift somit die Verteidigung jenes Teils des Menschen, der sich nicht beugen will. Er versucht einfach, ihm eine zeitgebundene Herrschaft zu verleihen. Indem er Gott ablehnt, erwählt er, infolge einer scheinbar unvermeidlichen Logik, die Geschichte.“* (Camus 1997, S. 87). Geschichte anstelle Gottes zu setzen, also die Gattung Mensch zu vergöttlichen, wandelt nach Camus das Versprechen eines besseren Lebens nach dem Tod des christlichen Jenseits in das Versprechen auf diesseitige Gerechtigkeit in ein sich geschichtlich zu realisierendes ewiges Später. *„Der Wert ist an das Ende der Geschichte verlegt. Bis dahin gibt es kein Kriterium, um ein Werturteil zu begründen. Man muß handeln und leben im Hinblick auf die Zukunft. Alle Moral wird provisorisch.“* (Camus 1997, S. 117). Damit heilige der zukünftige Zweck alle gegenwärtigen Mittel.

Im Fokus der weiteren Auseinandersetzung mit der historischen Revolte versucht Camus dann aufzuzeigen, wie vor allem die marxistische Traditionslinie von Hegel bis Stalin zwingend Knechtschaft, Terror und Mord hervorbringt und historisch legitimiert. Camus schreibt, daß Hegel und seine Nachfolger *„über das menschliche Leben eine Idee stellen, die abstrakt ist, wenn sie sie auch Geschichte nennen, der sie, im voraus unterworfen, durch reine Willkür die anderen zu unterwerfen beschließen.“* (Camus 1997, S. 139). Und so fragt er, wer sich in der von Hegels Nachfolgern Marx und Engels umrissenen klassenlosen Gesellschaft *„noch an den Schrei der Umgebrachten erinnern“* (Camus 1997, S. 169)

wird. Mit Lenin schließlich sei sogar, da der sozialistische Staat gezwungen ist, sich zu vergrößern, „um die Ungerechtigkeiten [...], die Regierungen der Ungerechtigkeit, die hartnäckigen bürgerlichen Nationen, die Völker, die für ihre eigenen Interessen blind sind“ zu beseitigen, „der Imperialismus der Gerechtigkeit“ (Camus 1997, S. 189) entstanden.

Camus' Fazit über die bisherige Geschichte der Revolte lautet dann: „Die Sklavenaufstände, die königsmörderischen Revolutionen und diejenigen des 20. Jahrhunderts haben so bewußt eine immer größere Schuld auf sich genommen, in dem Maße, als sie sich eine immer vollständigere Befreiung vornahmen.“ (Camus 1997, S. 87). Metaphysische und historische Revolte qua Revolution – und hier liegt die Verbindung zu den von Camus in MS zurückgewiesenen Hoffnungen – sind Verirrungen und Entartungen, die als Fehlformen der wahren Revolte, der Camus'schen *révolte*, zurückgewiesen werden müssen.

Camus muß zu diesem Schluß kommen, da sein Verständnis der *conditio humana* bedeutet, daß das Subjekt von Welt, Gesellschaft und Geschichte, diese ausschließlich erleidend anstatt sie und dadurch sich selbst gestaltend, getrennt ist. Dies bedeutet, daß jede Überwindung dieser Kluft in Richtung der Projektion von Rationalität auf Welt, Gesellschaft, Geschichte (oder der Projektion von Irrationalität des Verhältnissen Mensch-Welt auf diese) ein Verstoß gegen die menschliche Natur ist, die das Subjekt allein in sich selbst findet.

So lehnt Camus jede eine handlungsorientierende Perspektive vermittelnde und auf Einheit des Handelns von Kollektiven abzielenden Theorie und Praxis, die sich der Planung und der Herstellung besserer Zustände widmen, ab. Denn jede geplante, nicht-spontane, sich gesellschaftlicher und historischer Vernunftgründe bedienende kollektive Bewegung führt in Camus' Augen eben beinahe mechanisch zu mehr Unbill für den Menschen, als sie sich vorgenommen hat, abzuschaffen.

Es offenbart sich so in LR eine gewisse postmoderne Ideologeme vorwegnehmende antiaufklärerische und fortschrittsfeindliche Stoßrichtung, die wissenschaftliche Weltanschauung zur Überwindung von gesellschaftlichen Missständen als ideologische „große Erzählung“

ablehnt. Dies betrifft die französischen Aufklärer und Existentialisten ebenso wie den Marxismus, dessen Kritik weite Teile von LR gewidmet sind. Letztere schlägt, trotz teilweise berechtigter jedoch über die Oberfläche der Erscheinungen nicht hinauskommanden Kritik an messianischen Vorstellungen über die gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche sowie an verschärfter Repression bis hin zu schweren Verbrechen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, welche die europäischen Sozialismusversuche ohne Zweifel begleiteten, in eine antikommunistische Tendenz um.<sup>2</sup>

Was aber stellt Camus all diesen fehlgeleiteten Ideologien, ganz voran dem Marxismus in LR gegenüber? Seine *révolte* ist die maßvolle Weigerung und Empörung des Individuums, „*die Bewegung [...], die von der Erfahrung des Einzelnen zur Idee führt*“ und „*die immer diejenige eines Einsatzes für die Tatsachen ist, eines dunklen Protestes, der weder Systeme noch Gründe einbezieht*“ (Camus 1997, S. 88). Die *révolte* ist für Camus das Maß, das Aushalten der Widersprüche an jener Grenze, an welcher sie sich selbst begrenzend aufeinanderprallen und nicht überschritten werden dürfen, also die „*harte Spannung zwischen Ja und Nein*“, die sich nicht „*der Verneinung von allem oder der völligen Unterwerfung überläßt*.“ (Camus 1997, S. 24). Die *révolte* offenbart so den Mittelweg zwischen dem Menschentypen des Yogi, der sich für die „*Unwirksamkeit der Enthaltung*“, und des Kommissars, der sich „*für die der Zerstörung*“ entscheidet, welche beide „*vom Wirklichem in gleicher Weise entfernt, nur zwei Beispiele der Ohnmacht, die des Guten und die des Bösen*“ (Camus 1997, S. 233) bieten.

Die von Camus geforderte Grenzwanderung des absurden Revoltierenden basiert zwar auf einem Gefühl der Menschlichkeit und Solidarität, die es nicht erlauben, Leiden mitanzusehen – sei es auch um ihrer mit ihnen verbundenen oder angestrebten Aufhebung willen –, ebenso wie auf dem Anspruch, „*daß jede Revolte, die diese Solidarität leugnet oder zerstört, sofort den Namen Revolte verliert und in Wirklichkeit zusammenfällt mit einer Zustimmung zum Mord.*“ (Camus 1997, S. 21). In der Realität gewinnt dieser abstrakte Humanitarismus jedoch weder verbindlichen Sinn, noch lassen sich aus ihm konkrete Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten ableiten.

Menschliches Leiden, das sich nicht gesellschaftlich oder historisch verorten läßt, da dies die von Camus abgelehnte Anerkennung der Geschichte als rational deutbaren Zusammenhang verlangen würde, läßt sich nicht verstehen. Es bleibt abstrakt, unerklärt, der Möglichkeit seiner zukünftigen Linderung durch Unkenntnis seiner Bedingungen, Gründe und Zusammenhänge enthoben und ist damit zielgerichtet nicht bekämpfbar. Aber ohne konkretes Ziel, dessen Formulierung des rationalen Zuganges zur und der Anerkennung der Welt und Geschichte in deren Bedingtheiten und Tendenzen bedürfte, sind Veränderungsmöglichkeiten unberechenbar und beliebig. Ihre Umsetzung verliert sich in abstrakten Appellen an den unverstandenen Augenblick, der sich der Zukunft nicht zu stellen vermag. So ist die Ehre der *révolte*, „*nichts zu berechnen, alles an das jetzige Leben und ihre lebenden Brüder zu verteilen. Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.*“ (Camus 1997, S. 246). Die *révolte* begrenzt sich so selbst auf relative Wirksamkeit, die sich nur vornehmen kann, „*den Schmerz der Welt mengenmäßig zu vermindern.*“ (Camus 1997, S. 245).

Dies ist Camus' Ethos des Quantitativen, das keine qualitativen Brüche zulassen will. Der Camus'sche *l'homme révolté* folgt der mephistophelischen Logik, jeden beliebigen status quo zu negieren. „*Derart, daß es von einer Haltung zur anderen keinen Fortschritt gibt, sondern nur Gleichzeitigkeit und unausgesetzt wachsenden Widerspruch.*“ (Camus 1997, S. 202). Diese Negation bleibt also unbestimmt, ihre einzige Position ist die Grenze, die „*in einer aktiven Zustimmung zum Relativen*“ (Camus 1997, S. 235) aufgehend nicht überschritten werden darf. Dies ist das teilnahmslose Nein des Individuums gegen geschichtliche Wirksamkeit, das die Verfestigung von Handlungen in Ordnungssystemen und damit im Grunde jedwede Ordnung ablehnt. Aber gerade hieraus resultiert ein Handeln, das sich selbst nur als spontane Empörung verstehen und äußern kann, will es nicht von seiner eigenen Maßlosigkeit kompromittiert werden. So holt Camus in LR die Bedeutung von *révolte* in MS wieder ein.

Der Ursprung der *révolte*, das individualistische Aufbegehren des Sisyphos, der sein unabänderliches Schicksal gleichermaßen bejaht und

verneint, findet so im l'homme révolté als einer Art Buridans Esel, der seine fortwährende Anspannung zwischen wirklichem Handeln und nicht-wirklichem Handeln als Tugend der Empörung verklärt, ihr Ende. So schlägt der Aufstand gegen die Sinnlosigkeit im Grunde in die Sinnlosigkeit des Aufstandes um. „[A]uf dem Gipfel des stolzen Mitleids“ (Camus 1997, S. 241) ist Camus' révolte die Empörung eines „altruistischen Individualismus“ (Camus 1997, S. 242).

Im politischen Alltag führt die Camus'sche révolte bestenfalls zur reformistischen Handwerkelei. So ist es durchaus bezeichnend, daß Camus und der anarchistische Syndikalismus und Libertarismus einander schon früh entdeckt haben (vgl. Marin 2013). Es verwundert so auch nicht, daß heutige kleinbürglich-individualistische Politikansätze von den Indignados über die Occupy-Bewegung bis hin zu Teilen der „transformatorischen Linken“ direkte Bezüge auf oder indirekte Verbindungen zu Camus' *Mensch in der Revolte* haben. Den Herrschenden kann dies nur recht sein.

## Epilog

*„Camus ist zweifellos ein bedeutender Schriftsteller – er ist jedoch kein bedeutender philosophischer oder politischer Denker; denn sein literarisches Ingenium entzündet sich an der Imagination des Einzelfalls, der sich zum gleichnishaften Bilde verdichtet („Der Fremde“, „Die Pest“, „Der Fall“), seinem denkerischen Bemühen aber gelingt es nicht, die beklemmende Bildhaftigkeit der Imagination in die Reinheit des allgemeinen Begriffs zu läutern. Wo Theorie auf das Schaffen des Schriftstellers zurückschlägt, wird dieser Mangel auch im gestalteten Werken spürbar. Imagination und Sprache bleiben zwar dicht und intensiv wie eh und je bei Camus, die Gültigkeit der Aussage, ihre Umsetzung in verbindliche Daseinswahrheiten leidet jedoch unter der fehlgeleiteten Abstraktion. [...]*

*Zur philosophischen Durchdringung und Analytik, das heißt aber auch zur theoretischen Selbstverständigung, reicht Camus' Perspektive nicht aus. So erklärt sich das merkwürdige Auseinanderklaffen zwischen literarischem Realismus, der das Typische einer Situation gestaltend herauszupräparieren weiß, und dem philosophischen Idealismus, vielmehr Dilettantismus,*

*der sich im ideologischen Schein verliert und in den Essays seinen Niederschlag findet. Diese Essays sind der Schlüssel zum persönlichen Verhalten Camus', sie sind aber nicht der Schlüssel zu seinem literarischen Werk, in dem er wenigstens manchmal über die Grenzen seiner individuellen Auffassungen hinaus reift.“ (Holz 1958)*

## **Anmerkungen**

1) In deutscher Übersetzung erschien der Essay als *Der Mensch in der Revolte*, was das französische *révolté* und seine Bedeutung im Zusammenhang mit Camus' Werk nur begrenzt gerecht wird.

2) Camus erweist sich hier als einer der Vorläufer der Totalitarismustheorie, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzt: *„Diejenigen, die sich im Namen des Irrationalen in die Geschichte stürzen“* stoßen ebenso wie die, welche *„ihre absolute Vernünftigkeit predigen [...] auf die Knechtschaft und Terror und münden in der Welt der Konzentrationslager ein.“* (Camus 1997, 199f.). Camus geht allerdings einen Schritt weiter und stellt den Faschismus verharmlosend den Kommunismus, *„eine Doktrin und eine auf ein waffenstarrendes Reich gestützte Bewegung“*, als das eigentlich größere Übel für den Menschen dar: *„Aber obwohl die faschistischen Mystiker danach trachteten, nach und nach die Welt anzuführen, haben sie in Wirklichkeit nie nach einem universalen Reich gestrebt. [...] Der russische Kommunismus strebt hingegen aus seinen Ursprüngen heraus offen zum Weltreich.“* (Camus 1997, S. 151). Während also nach Camus der Faschismus als *„Verherrlichung des Henkers durch den Henker [...] nie davon geträumt hat, den ganzen Menschen zu befreien, sondern nur davon, einige zu befreien durch die Unterjochung der anderen“*, strebe der russische Kommunismus als die *„viel dramatischere Verherrlichung des Henkers durch die Opfer [...] in seinem tiefsten Prinzip danach, alle Menschen zu befreien, indem er sie alle vorübergehend knechtet.“* (Camus 1997, S. 200). Diese Einstellung muss Camus' Aktivität im antifaschistischen Widerstand eingedenk enttäuschen.

## Literaturverzeichnis

Camus, A. (1997). *Der Mensch in der Revolte. Essays* (rororo, Bd. 22193, Neuausgabe). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Camus, A. (2000). *Der Mythos von Sisyphos* (rororo, Bd. 22765, In neuer Übers). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.

Holz, H. H. (1958). *Der französische Existenzialismus. Theorie und Aktualität* (Wissen der Zeit, Bd. 2). München: Dobbeck.

Marin, L. (2013, 8. Oktober). Dem Marxismus mißtrauen. Vorabdruck. Albert Camus bei den Drucksetzern. *junge Welt*, S. 10. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.jungewelt.de/2013/10-08/019.php>

# **Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China: Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung**

*Von Thanasis Spanidis*

In der aktuellen innerkommunistischen Debatte scheint die mehrheitlich geteilte Position bezüglich des Charakters der VR China diejenige zu sein, derzufolge das bevölkerungsreichste Land der Welt nach wie vor auf sozialistischen Produktionsverhältnissen beruht oder sich zumindest auf dem Weg dahin befindet. Dafür wird eine Reihe von Argumenten vorgebracht, die ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit wie folgt verstehe:

Erstens sei in China nach wie vor die Kommunistische Partei an der Macht, was die grundsätzlich sozialistische Entwicklungsrichtung, in manchen Sichtweisen (siehe z.B. Corell 2015) auch die Herrschaft der Arbeiterklasse verbürge.

Zweitens wird auf das Fortbestehen von öffentlichem Eigentum, sowie die teilweise wachsende Bedeutung makroökonomischer zentraler Steuerung und binnenmarktorientierter Sozial- und Infrastrukturpolitik verwiesen, was nach diesen Auffassungen wohl für einen rudimentären Sozialismus oder doch wenigstens die lenkende Rolle der Staatsmacht, also auch der KP stehen soll.

Drittens gibt es den Verweis auf eine sich vom weltpolitischen Gebaren der etablierten imperialistischen Mächte unterscheidende Außenpolitik, die auf die Wahrung des Friedens und Kooperation statt gewaltsame Unterwerfung setze.

Und viertens schließlich liegt all dem meistens implizit oder explizit die sehr grundsätzliche Argumentation zugrunde, dass der Sozialis-

mus in einem unterentwickelten Land, das China in vielen Bereichen seiner Gesellschaftsstruktur unzweifelhaft immer noch ist, nur über eine lange Zwischenetappe erreicht werden könne, wofür dann gerne auch allerlei Klassiker-Zitate bemüht werden.

Natürlich treten diese Argumente in verschiedenen Variationen und Kombinationen auf, allerdings geht es mir nicht darum, auf einen bestimmten individuellen Diskussionsbeitrag zu antworten, sondern möglichst zu verallgemeinerbaren Schlussfolgerungen zu kommen, die eine systematische Diskussion erleichtern. Im Folgenden werde ich eine fundamentale Gegenposition zu der oben skizzierten Argumentation darlegen und begründen.

Als Ausgangspunkt eignet sich die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt eine mögliche Strategie sein kann, den „kapitalistischen Tiger (zu) reiten“ (Corell et al. 2015), also kapitalistische Produktionsverhältnisse gezielt einzusetzen, um sich antikapitalistischen, letztlich sozialistischen Zielen zu nähern. Für den Historischen Materialismus bewegen sich die Argumente zu solchen Fragen nie allein im luftleeren Raum, als abstrakte Begriffsableitungen, sondern stützen sich auf die Verarbeitung historischer Erfahrungen. Konkret wird oft die Neue Ökonomische Politik (NEP) in der frühen Sowjetunion als Beispiel zitiert, das ähnlich dem heutigen China die Möglichkeit einer kommunistisch gelenkten, aber teilweise auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen beruhenden Übergangsphase zum Sozialismus demonstrierte. Nun sind erstens die gravierenden Unterschiede zwischen der Politik der chinesischen KP und der NEP offensichtlich: Die NEP war nie mehr als eine Notlösung, dabei behielt die revolutionäre Partei die politische Macht in den Händen. Sie richtete sich in erster Linie an die Bauernschaft als Ablösung der Politik der Zwangsabgaben aus der Zeit des Bürgerkriegs. Kapitalistische Unternehmen waren nur im kleinen Maßstab erlaubt, Industrie, Außenhandel und Finanzwesen blieben im Wesentlichen Teil des sozialistischen Staatssektors. Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass die NEP sich politisch als sehr kostspielig herausstellte, da sie die Entstehung einer neuen großbäuerlichen und bürgerlichen Klasse (Kulaken und „NEPmen“) begünstigte, die für die Sowjetmacht später eine existentielle Bedrohung darstellten. Daher war die NEP während ihrer gesamten Dauer auch in der

Partei stark umstritten und wurde nach weniger als einem Jahrzehnt wieder beendet. Zum dritten Einwand, nämlich ob im heutigen China eine solche Phase notwendig und/oder möglich ist, komme ich später. Die Vorstellung vom Kapitalismus als kontrollierter Zwischenphase zum Sozialismus neigt in jedem Fall dazu, gesellschaftliche Verhältnisse und historische Gesetzmäßigkeiten in der Betrachtung instrumentalistisch zu verkürzen. Besonders deutlich wird das im bekannten Ausspruch Deng Xiaopings: Ihm sei egal, ob eine Katze weiß oder schwarz sei, so lange sie Mäuse fange. Markt und Plan gelten demnach als zwei prinzipiell neutrale oder zumindest für unterschiedliche gesellschaftspolitische Ziele einsetzbare Instrumente (Verteilungsmechanismen), die je nach Situation im Sinne maximaler Effizienz kombiniert werden können. Die Einsicht, dass Kapital und Wertgesetz gesellschaftliche Verhältnisse darstellen, die auf der Produktionsweise der Bourgeoisie beruhen, dass Kapitalakkumulation und Expansion der Warenform zwei Seiten desselben Gesetzes sind, geht dabei tendenziell unter. Eine politische Führung, die dem sozialistischen Wirtschaftssektor einen kapitalistischen beigesellt, produziert damit auch sämtliche Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise; sie muss Arbeitsrechte, soziale und ökologische Gesichtspunkte der Entwicklung des Kapitals opfern und hart erkämpfte Errungenschaften – wie im Fall Chinas die „eiserne Reisschüssel“, eine Art Grundsicherung – aufgeben; sie schafft eine neue Klasse, die zum sozialen Träger der Konterrevolution wird, sie fördert bürgerliche Bewusstseinsformen und setzt die sozialistische Produktion mindestens indirekt der Konkurrenz der kapitalistischen aus, womit politischer Druck auf „Reformierung“ der sozialistischen Unternehmen nach Gesichtspunkten kapitalistisch-betriebswirtschaftlicher Rationalität entsteht. Genau das ist in China schließlich auch geschehen: Relativ harmlos scheinende Lockerungen der zentralen Planwirtschaft schufen die Voraussetzungen und den Druck für weitergehende Änderungen bis hin zu den umfassenden Privatisierungen der 90er. Es zeigte sich, dass jeder Schritt in Richtung Markt die Voraussetzungen für eine zukünftige Kehrtwende in Richtung Planwirtschaft ein weiteres Stück zerstörte und die Wahrscheinlichkeit einer vollständigen kapitalistischen Restauration erhöhte – die in den 90ern dann erfolgte (Hart-Landsberg et al. 2005, vgl.). Allgemein wird eine ökonomisch herrschende Klasse

geschaffen, die alles daran setzen wird, ihre ökonomische in politische Herrschaft zu übersetzen und dabei in wesentlichen Punkten erfolgreich ist. Voraussetzungen dafür bestehen in China in den traditionellen Netzwerken aus persönlichen Beziehungen, Gefälligkeiten und Abhängigkeiten (guanxi), außerdem in den engen Verbindungen und personellen Verflechtungen zwischen Staatsapparaten, KP und Bourgeoisie. Diese ergaben sich teilweise daraus, dass das Volkseigentum wie in der Sowjetunion und Osteuropa an ehemalige Betriebsdirektoren und Funktionäre zu Spottpreisen veräußert oder verschenkt wurde, deutlich erleichtert wurden sie durch die Entscheidung der Führung 2002, Angehörigen der Bourgeoisie den Parteibeitritt zu gestatten. Gleichzeitig sind sie unabdingbar als Kompensation für fehlende institutionelle Traditionen, die in den alten kapitalistischen Ländern die Rahmenordnung stellen, und als Brücken zum Weltmarkt.

Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um grundsätzliche Fragen kommunistischer Strategie handelt sowie um die Frage, was für eine Vorstellung vom Sozialismus vertreten wird und welches Bild in der Sozialismuspropaganda der Kommunisten vermittelt wird. Die „China-Frage“ ist somit kein randständiges Problem der kommunistischen Bewegung, sondern die darin auftauchenden Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten sind Ausdruck allgemeiner Probleme in der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung, die an bestimmten Punkten unvermeidlich in Aporien führen müssen.

Nun zur Würdigung der oben skizzierten Argumente derer, die an einer Verteidigung der chinesischen Führung, mit welcher Vehemenz auch immer, prinzipiell festhalten:

### **Zu Argument 1: In China ist die kommunistische Partei an der Macht**

Zunächst besteht ein kommunistisches Programm selbstverständlich nicht darin, eine Partei an die Macht zu bringen, sondern die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, wobei die KP den am besten organisierten und bewusstesten Teil ausmacht und deshalb eine Führungsrolle spielt. In China regiert offensichtlich in erster Linie eine Partei- und Staatsbürokratie, während die institutionalisierte politische Rolle der Volksschichten eher marginal ist. Selbstverständlich hängt aber die

Frage, wie „sauber“ sich demokratische Institutionen und Verfahren in einem sozialistischen Übergangsprozess herausbilden können, von den konkreten historischen Umständen ab und erfordert eine tiefere Analyse, als es hier möglich ist. Selbstverständlich bedeutet auch die Abwesenheit von imaginierten „Idealtypen“ sozialistischer Sozialformen nicht, dass von sozialistischen Verhältnissen im eingeschränkten Sinne nicht dennoch gesprochen werden kann. Deshalb werde ich mich im Folgenden stattdessen auf die Frage konzentrieren, ob die KPCh tatsächlich, wie sie behauptet, eine kommunistische Partei ist. Welche Kriterien muss eine Partei erfüllen, damit wir sie eine kommunistische nennen? Da sind zunächst die Leninschen Organisationsprinzipien (Demokratischer Zentralismus, Kritik und Selbstkritik) zu nennen, dann ein kommunistisches Programm, eine marxistisch-leninistische Weltanschauung und ein proletarischer Klassencharakter. Keines dieser Elemente reicht dabei für sich genommen aus, um eine kommunistische Partei auszumachen.

Von einem kommunistischen Programm kann jenseits staatsoffizieller Phrasen schwerlich die Rede sein, wie die forcierte Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse im ganzen Land zeigt. Die Behauptung, es handle sich dabei um eine vorübergehende Zwischenphase ist nicht nur unbewiesen bzw. sie wäre erst im Nachhinein durch den Sieg des Kommunismus beweisbar, sondern auch theoretisch überaus schlecht begründet und zweifelhaft. Das umgesetzte Programm der KPCh führt zu einer tiefgreifenden Transformation der ganzen Gesellschaft, der Wirtschaftsstrukturen und Staatsapparate hin zu bürgerlichen Verhältnissen, unbeschadet dessen, dass man sich bemüht, den roten Anstrich zu erhalten. Zweifellos sind nicht alle Mitglieder der Partei gleichermaßen mit diesem Kurs einverstanden, was bei einer Organisation, deren Mitgliederzahl in etwa der Einwohnerzahl der BRD entspricht, auch schwer vorstellbar wäre. Dissens und abweichende Herangehensweisen artikulierten sich immer wieder, zuletzt noch in der Bo Xilai-Affäre. Der Parteichef der Industriemetropole Chongqing galt als profiliertes Mitglied der linken Minderheit in der Partei. Sein in Chongqing praktiziertes Entwicklungsmodell setzte auf eine gestärkte Rolle der Staatsunternehmen, Aufwertung von Sozialprogrammen, sozialem Wohnungsbau, Gesundheits- und Bildungswesen und Antikorruptionskampagnen. Gleichzeitig fand im

Bereich der Propagandakultur eine Rückbesinnung auf die Mao-Ära statt einschließlich kampagnenartiger Massenmobilisierungen, die an die Kulturrevolution erinnerten. Bo Xilai wurde unter dem Vorwand des Machtmissbrauchs kaltgestellt, was westliche Medien zu recht als parteiinternen Machtkampf deuteten, mit dem Ergebnis der Liquidation eines gesellschaftspolitischen Experiments, das geeignet war, die entwicklungspolitische Strategie der Staatspartei infrage zu stellen (Zhao 2012). Laut Statut der Partei besteht die ideologische Grundlage im Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie, den vom Ex-Parteichef Jiang Zemin erfundenen „wichtigen Gedanken der drei Vertretungen“ und seit dem 16. Parteitag von 2002, dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“. Die „drei Vertretungen“ bestehen in der Entwicklung fortgeschrittener Produktivkräfte, der Entwicklung der „fortschrittlichen“ Kultur und den „grundlegenden Interessen“ der Mehrheit des chinesischen Volkes; das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ soll laut Statut zudem den Menschen „in den Mittelpunkt“ stellen (Kommunistische Partei Chinas 2012). Die Aufzählung zeigt bereits, dass der „Marxismus-Leninismus“ hier eher zum Traditionsbestand gehört, den man neben allen möglichen anderen praktischen Richtlinien nennt, der aber keineswegs das übergreifende weltanschauliche Gebäude darstellt, auf dem das Programm fußt. Eine auch nur andeutungsweise Erläuterung, was mit „Marxismus-Leninismus“ gemeint sein könnte, erfolgt im Programm übrigens nicht, sodass es mehr oder weniger der Parteiführung überlassen bleibt, wie sie diesen auslegt. Wie es um den im Statut ja noch enthaltenen „Marxismus-Leninismus“ und seine „Erweiterung“ um die Ideen von Mao und Deng in der KPCh in Wirklichkeit bestellt ist, davon kann jeder Interessierte sich bei verschiedener Gelegenheit ein Bild machen. Ein Beispiel bietet der US-amerikanische Sozialwissenschaftler David Kotz, der 2006 einer akademischen Konferenz über Eigentumsformen beiwohnen durfte, die von der Rosa Luxemburg Stiftung (!) gefördert wurde. Darin vertraten profilierte Ideologen der Partei unter anderem folgende Auffassungen: Die Aktiengesellschaft repräsentiere die Vergesellschaftung des Eigentums, wie von Marx und Engels angestrebt, daher seien die USA ein besseres Modell der Vergesellschaftung als China. Andere argumentierten, Sozialismus und Kapitalismus hätten nichts mit den

Eigentumsverhältnissen zu tun, sondern eine sozialistische Ökonomie sei lediglich dadurch gekennzeichnet, dass der Staat den Mehrwert besteuere. Wieder andere sahen im „modernen Kapitalismus“, der die Interessen der Arbeiter berücksichtige, eine graduelle Annäherung an den Sozialismus usw. usf. (Kotz 2007).

Marxistisches Vokabular wird zum Teil als staatsideologische Formel beibehalten, der Inhalt wird den Herrschaftsbedürfnissen der aktuellen Elite so weit angepasst, bis es sich nicht mehr um kritische Gesellschaftstheorie, um revolutionäre Theorie und Praxis handelt sondern um ein Instrumentarium zur Rechtfertigung des Status Quo sowie jeder Drehung und Wendung in der Politik der Partei. Diese Partei würde sich, wenn sie noch eine kommunistische wäre, als Vertretung der Arbeiter und Bauern Chinas verstehen, als Partei des Klassenkampfes. Die KPCh sieht sich laut Statut aber nicht nur als „Vorhut der Arbeiterklasse“, sondern auch als „Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation (!)“, was die Bourgeoisie inklusive ihrer imperialistischen Fraktion einschließt. Ihre Politik beschränkt sich also nicht darauf, die Kapitalakkumulation als Hebel der Produktivkraftentwicklung zu nutzen, sondern sie versteht sich explizit als Interessenvertretung auch des Kapitals. Die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft sollen in der „harmonischen Gesellschaft“, die die chinesische KP anstrebt, mit denen des Kapitals auf einmal vereinbar sein. Der Gewerkschaftsbund ACGF sichert dieses Ziel durch seinen dezidiert sozialpartnerschaftlichen Kurs ab. Die Partei dient der Bourgeoisie als Karrierekanal sowie als Feld zum Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen, die in der Partei aggregiert und in eine kohärente Herrschaftsstrategie übersetzt werden können. Sie hat vielen der heutigen Kapitalisten ihren Status verliehen, indem sie sie an der gigantischen Raub- und Korruptionsorgie teilnehmen ließ, im Zuge derer die Staatsbetriebe privatisiert wurden – auf Kosten der Arbeiter, die millionenfach ihre Existenzgrundlage und die mit dem Arbeitsplatz garantierten sozialen Standards verloren. Das Magazin Forbes zählt heute 370 Milliardäre in der „Volksrepublik“ (Ankenbrand 2015). Viele von Chinas Superreichen sind Mitglieder der Partei oder, wie der milliardenschwere ehemalige Premierminister Wen Jiabao, sogar deren hochrangige Funktionäre. Andere Mitglieder des

Zentralkomitees sind oder waren CEOs bei großen Unternehmen der Telekommunikation, Stahlbranche oder des Öl- und Gasgeschäfts (ten Brink 2010). Ein Einsatz für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der die Millionäre und Milliardäre Chinas ihr Vermögen, ihre Macht und ihre Privilegien kosten würde, ist von diesem Personenkreis wohl nicht zu erwarten. Ähnliches gilt für die zahlreichen Kader, die über diverse Netzwerke und Verbindungen vom Luxus der Oberschicht profitieren und sich nicht den Unwägbarkeiten einer Konfrontation mit dem Kapital aussetzen wollen.

### **Zu Argument 2: Der Staat spielt noch eine wichtige Rolle in der chinesischen Wirtschaft**

Es ist zweifellos richtig, dass der Staat eine besonders zentrale Stellung in der chinesischen Ökonomie beibehält. Der chinesische Kapitalismus ist keineswegs einfach eine schlechte Kopie westlicher, neoliberaler Rezepte, so wie es in der Sowjetunion und vielen osteuropäischen Ländern mit katastrophalen Folgen versucht wurde. Der Staat behält die Kontrolle über strategische Bereiche der Ökonomie, durch mehrheitliches Staatseigentum an den größten Betrieben in Schlüsselsektoren wie Energie, Metallurgie, Rüstung und Telekommunikation. Die Zahl der großen Staatsunternehmen liegt landesweit bei etwa 500 und diese spielen eine wichtige Rolle in der staatlichen Entwicklungsstrategie. Kapitalverkehr, Wechselkurse und das Bankensystem bleiben staatlich reglementiert, allerdings sind seit 2005 auch zunehmend private Banken im Geschäft. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsverfassung in mancher Hinsicht durchaus marktliberal geprägt: Vor allem lokale Behörden mischen sich in Chinas relativ dezentralem System wenig in die privatkapitalistischen Unternehmen ein, sondern führen einen Standortwettbewerb gegeneinander um die Bereitstellung des profitabelsten Wirtschaftsklimas. Die „Chinesische Volksbank“ ist anders als europäische Zentralbanken staatlicher Kontrolle unterworfen, allerdings ist sie laut dem seit 1995 geltenden Zentralbankgesetz deutlich neoliberal-monetaristisch ausgerichtet: Hauptziel ist auch für sie die Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum wird erst als abgeleitetes Sekundärziel angestrebt. In der Weltwirtschaftskrise legte der chinesische Staat mit knapp 600 Mrd US\$ ein gewaltiges

Konjunkturprogramm auf, um die Wachstumsdelle zu kompensieren. Besonders seit der Führung von Hu Jintao (Parteichef zwischen 2002 und 2012) begann eine von Liberalisierung einerseits und sozialökologischer „Einbettung“ andererseits geprägte Doppelbewegung der Wirtschaftspolitik: Außenöffnung und Privatisierungen wurden fortgesetzt, aber gleichzeitig Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen eingeführt, die Löhne angehoben und der Umweltschutz gestärkt (Schmalz 2010, S. 488).

Offensichtlich ist ein stärker keynesianisch und sozialdemokratisch orientierter wirtschaftspolitischer Ansatz, selbst wenn er weniger marktliberal fundiert ist als der chinesische, aber etwas völlig anderes als Sozialismus, oder auch, wenn man so etwas für möglich hält, als eine „antimonopolistische Zwischenphase“. Die Monopole werden durch die derzeitige chinesische Entwicklungsstrategie nicht in Schach gehalten sondern gezielt geschaffen und gestärkt – was durchaus aus Sicht der Führung Sinn macht, da es notwendige Voraussetzung dafür ist, dass China auf dem Weltmarkt seine Stellung als Global Player ausbauen kann. Der erfolgreichen Herstellung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse folgt zwangsläufig die Etablierung als (zunächst ökonomische) Großmacht im imperialistischen Konzert der Mächte. 2013 gehörten zu den 500 größten Transnationalen Konzernen auch 89 Konzerne aus China – fünf Jahre zuvor waren es noch 34 gewesen, was die rapide Herausbildung monopolkapitalistischer Komplexe anzeigt. Drei davon (Sinopec Group, China National Petroleum und State Grid) gehörten sogar zu den Top 10 der Welt (Mourdoukoutas 2013). Der Staat fungiert bei der Bildung einer chinesischen Monopolbourgeoisie als Katalysator, gerade auch als Anteilseigner an den kapitalistischen Betrieben. Auch in den größten Unternehmen, die sich weiterhin in mehrheitlichem Staatsbesitz befinden, hat faktisch ein tiefgreifender Privatisierungs- und Kommodifizierungsprozess stattgefunden. Hierzu ist es wichtig, zu verstehen, dass Privatisierung nicht zwangsläufig die Form eines vollständigen Ausverkaufs annehmen muss, sondern dass z.B. der Börsengang eines Staatsunternehmens auch dann dieses Unternehmen zunehmend den Prinzipien des Shareholder Value unterwirft, wenn der Staat weiterhin die Mehrheit der Anteile hält. Die chinesischen Konzerne unterscheiden sich in der Form der Betriebsführung (Corporate Governance) nicht mehr we-

sentlich von ihren westlichen Konkurrenten. Ein Sektor mit sozialistischen Produktionsverhältnissen, was weit mehr als bloßen Staatsbesitz voraussetzen würde, existiert de facto in China nicht mehr. Stattdessen hat sich mittlerweile in deutlichen Zügen ein staatsmonopolistischer Kapitalismus herausgebildet, freilich in einer Variante, die in hohem Maße auf staatlicher Beteiligung und Lenkung beruht. Diese Entwicklungsstrategie wird von der chinesischen Partei verfolgt, weil nur so ein anhaltendes, durch Kapitalzuflüsse noch beschleunigtes Wirtschaftswachstum möglich ist, ohne sich den zerstörerischen Folgen eines entfesselten Kapital- und Devisenverkehrs auszusetzen; außerdem, weil die gewaltigen Widersprüche innerhalb des Landes, zwischen arm und reich, Stadt und Land, Ost und West, Han-Chinesen und ethnischen Minderheiten, Exportorientierung und sozialen Ansprüchen im Inneren nur auf diese Weise unter Kontrolle zu halten sind. Würde es sich nicht um eine nominell kommunistische Partei handeln, würde wohl niemand ein solches Herrschaftsprojekt mit dem Sozialismus in Verbindung bringen.

### **Zu Argument 3: Die VR China verfolgt eine alternative, auf Frieden und Kooperation ausgerichtete Außenpolitik**

Auch hier ist es zweifellos richtig, dass die Außenpolitik Chinas keine einfache Imitation westlicher Muster darstellt. Auch handelt es sich dabei wohl nicht nur um die Heuchelei einer Führung, die um die Gunst der Öffentlichkeit buhlt, sondern tatsächlich um eine von der Politik der USA und der stärksten EU-Länder abweichende Konzeption. Es ist allerdings keineswegs ungewöhnlich, dass Länder, die verschiedene Stellungen und damit auch Funktionen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems einnehmen, auch verschiedenartige internationale Strategien zur Wahrung ihrer Interessen einschlagen. China hat ein Interesse an einer offenen Weltmarktordnung, um weitere Marktanteile für seine Konzerne zu gewinnen, und gleichzeitig an einer Einhaltung des Völkerrechts, dessen Geist und Wortlaut tendenziell die Schwächeren vor den Stärkeren schützt. Eine vorrangig gewaltförmige zwischenstaatliche Politik ist im Zeitalter der Atomwaffen nicht nur eine ständige Bedrohung für das Überleben der Menschheit, sondern auch gegen das Interesse der aufsteigenden Wirtschaftsmacht,

die Raum zum Atmen für die Entfaltung ihrer ökonomischen Potenziale braucht. Bekanntlich verhielten sich auch die USA weltpolitisch im 19. und frühen 20. Jahrhundert vergleichsweise zurückhaltend, so lange die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren, um die Rolle als globale imperialistische Führungsmacht ausfüllen zu können. Heute verlieren die USA wiederum längerfristig an Bedeutung, was auch der gegenwärtige Fracking-Boom nicht aufhalten dürfte. Neben der Stellung des Dollars im Weltwährungssystem ist das Militär die zentrale Stärke ihrer verbleibenden Machtstellung. Die Stellung der USA als Supermacht hängt eng mit ihrer Positionierung im Weltfinanzsystem und diese wiederum mit der Aufrechterhaltung einer von den USA geführten Weltordnung zusammen, wofür regelmäßig militärische Gewalt die ultima ratio ist. Länder wie China und Russland setzen hingegen auf jeweils andere Karten: Russland, weil es ökonomisch schwach ist und den Status Quo gegen die Einkreisungsversuche der NATO verteidigt; China, weil es ökonomisch erstarkt, aber sich nicht wie die USA auf ein globales Imperium stützen kann.

Überhaupt ist es völlig irreführend, die kooperative Haltung der chinesischen Führung mit einer Außenpolitik im Interesse der Völker, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu verwechseln. Die Linie Chinas impliziert im Gegenteil, die Rolle der Imperialisten zu verharmlosen und zu verschleiern und wo möglich auf Bündnisse mit ihnen zu orientieren. In diesem Kontext sind auch die verschiedenen Annäherungsversuche an Länder der EU zu verstehen. Die KP Chinas orientiert dabei nicht auf das Bündnis mit den klassenbewussten Teilen der Arbeiterklasse und den kommunistischen Parteien ihrer Partnerländer, sondern sie verhandelt mit Vertretern der Regierungen und des Kapitals. Die internationale Kooperation der kommunistischen Parteien ist für die KPCh nur eine unter mehreren Möglichkeiten, dem chinesischen Entwicklungsmodell im Ausland Anerkennung zu verschaffen. Eine andere ist die Annäherung an die „Sozialistische Internationale“ oder sozialdemokratisch-bürgerliche Parteien wie die griechische SYRIZA. So begrüßte der stellvertretende Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KP Chinas Liu Jieyi bei einem Besuch in Griechenland 2010 nicht nur die Kürzungs- und Privatisierungspolitik der damaligen PASOK-Regierung, sondern äußerte sich grundsätzlich zur Haltung Chinas gegen-

über der „Sozialistischen Internationale“: „Wir halten die Fortsetzung und die Koordinierung des Meinungsaustausches sowie den strategischen Dialog zwischen der Sozialistischen Internationale und der KP Chinas für sehr wichtig. Unsere Absicht ist diesen Dialog weiter fortzusetzen weil, wie wir in den Gesprächen der letzten Tage festgestellt haben, es sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen der sozialistischen Internationale und der politischen Orientierung der KP Chinas gibt“ (*Kommunistische Partei Griechenlands 2010*).

Von einer „Stütze“ und einem „Freund“ im Klassenkampf, wie Corell es formuliert, kann also bei der außenpolitischen Rolle der VR China kaum die Rede sein.

#### **Zu Argument 4: China kann den Sozialismus nur über eine lange Zwischenphase erreichen**

Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gibt es bekanntlich neben den subjektiven Voraussetzungen auch objektive, vor allem eine ausreichende Entwicklung der Produktivkräfte sowie eine fortgeschrittene Vergesellschaftung der Produktion und des Verkehrs. Diese Bedingungen waren 1949 in China kaum erfüllt: Das Land gehörte zu den ärmsten der Erde, eine Industrie gab es in Ansätzen nur an der Ostküste und weite Landstriche verharrten noch in tiefster Rückständigkeit. Trotzdem drängten die objektiven Widersprüche auch im damaligen Entwicklungsstadium bereits zum Sozialismus. Das Kapital hatte bereits einen relativ hohen Grad der Konzentration erreicht und war mit der Grundherrenklasse und dem ausländischen Kapital eng verflochten, sodass nur im Kampf gegen das Kapital die Überwindung der vorkapitalistischen Produktionsweisen und nationalen Abhängigkeit möglich war. Deshalb wurden nach einer relativ kurzen Übergangsphase (Neue Demokratische Revolution) auch damals schon entscheidende Schritte in Richtung Sozialismus gegangen: Der Aufbau einer staatlichen Industrie wurde begonnen, die Infrastruktur entwickelt, die Landwirtschaft kollektiviert und im ganzen Land Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung, Volksbildung und sozialen Absicherung geschaffen. Der zeitweise grassierende Voluntarismus der chinesischen Führung und Misserfolge sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der sozialistische Aufbauprozess in China

insgesamt ein großer Erfolg war: Zum ersten Mal konnten Hunderte Millionen Menschen Bildung und grundlegende Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen, die Ernährungslage verbesserte sich enorm und Beschäftigung war mit sozialer Absicherung verbunden. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg während der Mao-Ära jedes Jahr um etwa ein Jahr an. Das Wachstum der Industrie war nicht so astronomisch hoch wie nach der kapitalistischen Restauration, wird aber selbst in der chaotischen Phase der Kulturrevolution immerhin auf beachtliche 10% pro Jahr geschätzt (Hart-Landsberg et al. 2005, S. 37). In dieser Epoche wurden die Grundlagen für den rasanten Aufschwung ab den 80ern gelegt, indem ein handlungsfähiger Zentralstaat geschaffen, die Infrastruktur ausgebaut, eine Industrie auf bescheidener Grundlage entwickelt und das Bildungsniveau der Massen erhöht wurde. Die „Theorie“ der KPCh, dass die „Marktwirtschaft“ die Voraussetzungen für den zukünftigen Sozialismus schaffe, verdreht somit die Tatsachen: In Wirklichkeit war es umgekehrt die sozialistische Entwicklungsphase, die die ökonomischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen schuf, die die schnelle Entwicklung des heutigen chinesischen Kapitalismus ermöglichen. Gleichzeitig kam es in der Mao-Ära auch zu gravierenden Fehlorientierungen mit destruktiven Folgen, vor allem in der Periode der Kulturrevolution. Bei Maos Tod 1976 stand die chinesische Führung vor ernsthaften Problemen, die auf eine baldige Lösung drängten: Die groben Steuerungsmechanismen waren für eine sich ausdifferenzierende Ökonomie zunehmend ungeeignet, Löhne stagnierten seit zwei Jahrzehnten, es kam zu Verschwendung und Mangel (Hart-Landsberg et al. 2005, S. 38). Angesichts der positiven Gesamtbilanz gab es jedoch wenig objektive Gründe, an der Richtigkeit der grundlegenden Orientierung auf den sozialistischen Aufbau zu zweifeln: China stand ökonomisch sehr viel besser da als 30 Jahre zuvor, die Lebenssituation hatte sich trotz weiterhin großer Armut sehr verbessert und die Massen standen im Großen und Ganzen hinter der kommunistischen Partei und dem sozialistischen Projekt. Eine Hegemoniekrise des Sozialismus, wie sie sich in einigen osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, abzuzeichnen begann, war weit entfernt. Die Behauptung, dass eine Alternative zum von Deng eingeleiteten konterrevolutionären Prozess unmöglich war, bleibt somit unplausibel. Sie ist die unkritische Übernahme

der staatsoffiziellen chinesischen Geschichtsbetrachtung, die Mao als wichtige Figur der nationalen Befreiung und Staatsgründen in Ehren hält, aber seine Vorstellungen sozialer Befreiung stillschweigend unter den Teppich kehrt bzw. ihre Umsetzung in der Vergangenheit tendenziell diskreditiert.

Die Strategie der chinesischen KP hat nach 1978 durchaus neue Ressourcen für den Wirtschaftsaufbau erschlossen, die sonst nicht in diesem Maße verfügbar geworden wären, vor allem die Nutzung des exilchinesischen Kapitals und der Zugang zu ausländischen Märkten. Dadurch hat sie aber die sozialistische Zielstellung und die Interessen seiner Arbeiterklasse dem Wachstumsziel geopfert. Der wachsende Lebensstandard und die Verringerung der Armut, die oft als Argumente für die Richtigkeit des gegenwärtigen Kurses angeführt werden, lassen sich kaum bestreiten. Sie gehen aber einher mit explodierender sozialer Ungleichheit, hemmungsloser Ausbeutung großer Teile der Arbeiterklasse, verheerender Umweltzerstörung, einer Desorganisation und Entmachtung der Arbeiterklasse und generell der Zerstörung jeder Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft in Solidarität, Gleichheit und Freiheit. Seit einigen Jahren wächst der Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse und der Bauern gegen die Politik der Regierung und oft bezieht man sich dabei explizit auf die revolutionären Traditionen der Vergangenheit. Sprunghaft wachsende, für europäische Verhältnisse gewaltige Streikbewegungen wurden ergänzt durch Mobilisierungen der Kleinbauern und wachsendes Interesse am Marxismus und der Mao-Ära unter oppositionellen Studenten. Die herrschende Partei beantwortete diese Bewegungen aber nicht mit Sympathie und Solidarität, sondern mit brutaler Polizeigewalt, Gefängnisstrafen und Unterstützung für die Arbeitgeberseite.

Der Name des Sozialismus ist durch die Widersprüche des chinesischen Kapitalismus und ihre propagandistische Ausnutzung durch die reaktionären westlichen Medien belastet mit teilweise barbarischer Ausbeutung, die unter der Aufsicht einer „kommunistischen“ Partei stattfindet. Das chinesische Volk und die internationale kommunistische Bewegung haben für den Wirtschaftsaufschwung einen Preis bezahlt, der völlig inakzeptabel ist.

Doch unabhängig davon, ob es 1978 historische Alternativen gab, ist heute die Ausgangssituation ohnehin eine ganz andere: China ist

heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, es besitzt in vielen Wirtschaftsbereichen transnational operierende Konzerne, die auf dem Weltmarkt Führungspositionen einnehmen. Es ist politisch und militärisch stark genug, um seine Unabhängigkeit zu behaupten. Das bedeutet nicht, dass vor dem Sozialismus in China nicht noch gigantische Aufgaben liegen würden. Es bedeutet aber, dass diese Aufgaben durch die Vorteile zentraler Planung und auf Grundlage des bereits geschaffenen Reichtums lösbar wären, ohne dabei die grauenhaften Widersprüche des jetzigen Wachstumsmodells in Kauf nehmen zu müssen.

Nachdem gezeigt wurde, dass die typischen Argumente, die den restaurativen Kurs der chinesischen KP legitimieren und mit marxistischen Weihen versehen, nicht haltbar sind, sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen.

- a) China ist kein sozialistisches Land, sondern ein kapitalistisches, das seinen Platz in der imperialistischen Pyramide einzunehmen bestrebt ist.
- b) Die KPCh ist keine kommunistische Partei, sondern eine rechtsoportunistische bis liberale Partei mit an den Rand gedrängten marxistischen Kräften in ihrem Inneren.
- c) Der „Umweg“ über den Kapitalismus in China stellte und stellt keinen „Sachzwang“ dar, sondern eine bewusste Entscheidung politischer Eliten, die sich auf diesem Weg auf obszöne Weise bereichert haben und dies weiterhin auf Kosten der Massen tun. Alternativen dazu gibt es genauso, wie es Alternativen zur reaktionären Krisenpolitik der EU gäbe – jeweils bei entsprechenden Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen.
- d) Eine sozialistische Kehrtwende der chinesischen Politik ist heute nicht mehr möglich. Die Politik der KPCh hat die Perspektiven für den Sozialismus auf absehbare Zeit, zumindest ohne eine Revolution von unten unter Führung einer wirklich revolutionären KP, zerstört und damit für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden angerichtet.
- e) Kommunistische Parteien täten gut daran, sich vom Wunschdenken und oberflächlichen Analysen bezüglich Chinas zu verabschieden und stattdessen die chinesische Erfahrung als einen weiteren Fall zu

analysieren, wie weltanschaulicher Revisionismus und die Schaffung einer sozialen Basis für denselben zu gegenseitig verstärkenden Faktoren werden können, die ein sozialistisches Projekt zu Fall bringen können. Die Solidarität mit dem kapitalistischen Restaurationsprojekt in China ist nicht nur vom Standpunkt kommunistischer und antiimperialistischer Programmatik und des proletarischen Internationalismus nicht zu rechtfertigen. Sie ist auch dazu geeignet, die Glaubwürdigkeit der Partei als konsequent antikapitalistischer Kraft zu kompromittieren. Sie führt dazu, sich nicht mit dem erstarkenden Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistische Restauration zu verbünden, sondern mit der verbürgerlichten KPCh-Führung, die Proteste und Arbeitskämpfe im Interesse der Bourgeoisie brutal unterdrückt. Die fatalen Illusionen, die Teile der kommunistischen Bewegung bezüglich Chinas weiterhin pflegen, sind somit ein weiteres Symptom der tiefen weltanschaulichen Krise der Bewegung, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar gemacht und seit 1989/90 offen ausgebrochen ist.

*Der Text ist in gekürzter Form bereits in T&P #41 erschienen.*

## **Literaturverzeichnis**

Ankenbrand, H. (2015, 22. April). Forbes-Liste: Jeder fünfte Milliardär ist Chinese. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/agenda/jeder-fuenfte-milliardaer-ist-chinese-13551815.html>

ten Brink, T. (2010). Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus (MPIfG Discussion Paper, Bd. 10). Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter [http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp10-1.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf)

Corell, R. (2015). VR China: Sozialismus als Prozess. Theorie & Praxis (39), 20-21. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <https://theoriepraxis.wordpress.com/2015/04/02/vr-china-sozialismus-als-prozess/>

Corell, R. & et al. (2015). Kampf der Linien in der KPCh. *Theorie & Praxis* (39), 25. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <https://theoriepraxis.wordpress.com/2015/04/05/kampf-der-linien-in-der-kpch/>

Hart-Landsberg, M. & Burkett, P. (2005). *China and socialism. Market reforms and class struggle*. New York, NY: Monthly Review Press.

Kommunistische Partei Chinas. (2012). Statut der KP Chinas. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter [http://german.china.org.cn/china/archive/cpc18/2012-09/27/content\\_26653640.htm](http://german.china.org.cn/china/archive/cpc18/2012-09/27/content_26653640.htm)

Kommunistische Partei Griechenlands. (2010). Die Kommunistische Partei Chinas und ihre strategischen Gespräche mit der Sozialistischen Internationale. Kommentar der Tageszeitung "Rizospastis", Zeitung des ZK der KKE. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://deold.kke.gr/news/2010news/2010-11-22-kina.html>

Kotz, D. (2007). The State of Official Marxism in China Today. *Monthly Review*, 59 (4). Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://monthlyreview.org/2007/09/01/the-state-of-official-marxism-in-china-today/>

Mourdoukoutas, P. (Forbes, Hrsg.). (2013). World's 500 Largest Corporations In 2013: The Chinese Are Rising. Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.forbes.com/sites/panosmourdoukoutas/2013/07/17/worlds-500-largest-corporations-in-2013-the-chinese-are-rising/#5b8e91d23bed>

Schmalz, S. (2010). Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus. *Prokla*, 40 (4). Zugriff am 29.07.2016. Verfügbar unter <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2010/schmalz.pdf>

Zhao, Y. (2012). The struggle for socialism in China: the Bo Xilai

saga and beyond. Monthly Review, 64 (5), 1. Verfügbar unter <http://monthlyreview.org/2012/10/01/the-struggle-for-socialism-in-china/>

